

# DEUTSCHE POLIZEI

NOVEMBER 2016 ZEITSCHRIFT DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI



## STALKING!

### Der unerträgliche Eingriff in den Alltag





Exklusives  
Angebot für  
**Polizei-  
beamte**

Wenn es für Sie als Held  
**mal nicht so super** läuft, sind wir da.

Als Polizeibeamter sorgen Sie für Sicherheit. Aber wer sorgt für Ihre Sicherheit? Verlassen Sie sich am besten auf einen starken Partner – auf SIGNAL IDUNA. Die zur SIGNAL IDUNA Gruppe gehörende PVAG Polizeiversicherungs-AG bietet Ihnen speziell auf Ihre Bedürfnisse zugeschnittenen Unfallschutz. Schließlich kennen wir die besonderen Risiken, die Ihr Dienst mit sich bringt. Informieren Sie sich jetzt!

**SIGNAL IDUNA Gruppe**  
**Unternehmensverbindungen Öffentlicher Dienst**  
Joseph-Scherer-Straße 3  
44139 Dortmund  
Telefon 0231 135-2551  
[polizei-info@pvag.de](mailto:polizei-info@pvag.de), [www.pvag.de](http://www.pvag.de)

**SIGNAL IDUNA**   
gut zu wissen



Foto: Zielsko

Was haben sich die Delegierten des vergangenen Bundeskongresses der Gewerkschaft der Polizei (GdP) gedacht, als sie das Bundesschiedsgericht in die Satzung der GdP eingebaut haben? Nun hat das neue Gremium Halbzeit.

**Seite 13**

**GESPRÄCHE**



Foto: GdP/Hagen Immel

Die Themen „Mangelnder Respekt und Autoritätsverlust“ brennen vielen Kolleginnen und Kollegen auf den Nägeln, worauf zahlreiche Leserzuschriften zu der Titelgeschichte der DP-September-Ausgabe hindeuteten. Für die GdP war dies Grund genug, außerhalb des politischen Tagesgeschäfts mit Abgeordneten aus den Innen- und Rechtsausschüssen des Deutschen Bundestages sowie Vertretern der Presse Lage und Lösungen intensiv zu erörtern.

**Seite 15**

**JUNGE GRUPPE (GdP)**



Foto: GdP/Hagen Immel

Rückblickend und zugleich vorwärtsgewandt versammelten sich Mitte Oktober rund 150 GdP-Mitglieder, darunter viele ehemalige Bundesjugendvorsitzende, und Gäste in Berlin anlässlich des 50-jährigen Bestehens der Jugendorganisation.

**Seite 22**

**INHALT November 2016**

- 2 FORUM**
- 3** **APP** Neues Schichtkalender-Modul in den Stores
- 4 TITEL/STALKING** „Vielleicht erwarten wir von der Polizei zuviel“
- 11** Opferanwalt: Instrumente des Gewaltschutzgesetzes in der Praxis bewährt
- 12 GESPRÄCHE** GdP-Vorstand in SPD-Präsidium
- 13 WAS MACHT EIGENTLICH ...** das Bundesschiedsgericht?
- 15 GESPRÄCHE** Meinungsaustausch: Gewerkschafter trafen auf Parlamentarier und Presse
- 19 STANDPUNKT** Dem Rassismus entgegenzutreten
- 22 JUNGE GRUPPE (GdP)** „Was vor 50 Jahren auf den Nägeln brannte, ist noch heute aktuell“
- 29 SOZIALES** Gewohntes Muster
- 31** **FRAUENGRUPPE (BUND)** Neues Personalentwicklungs-Projekt startet 2017
- 33** **INTERN** DP-Redakteurinnen und -Redakteure erörtern Editorial-Design
- 35 AUS LÄNDERN UND BEZIRKEN** Tag der Deutschen Einheit: Polizei steht wie gewohnt in der Kritik
- 35** **SENIOREN** Große Zufriedenheit mit „Plan B“
- 38** 17. Bundeseniorenreise nach Bulgarien
- 38** Bundessenorenvorstand tagte in Erfurt: Planungen für 2017 und 2018
- 39** „Praktische“ Seniorenarbeit in der GdP
- 40 IMPRESSUM**

**GdP trauert um getöteten Kollegen**

Bei Redaktionsschluss erreichte die GdP die traurige Nachricht von dem gewaltsamen Tod eines Kollegen bei einem Zugriff gegen einen sogenannten Reichsbürger in Bayern. Die GdP äußerte sich erschüttert und überbrachte den Angehörigen des verstorbenen Kollegen tief empfundene Anteilnahme. „Unser Mitgefühl gehört den Hinterbliebenen, unsere Gedanken sind bei ihnen“, sagte der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Oliver Malchow, in Berlin. Peter Schall, bayerischer GdP-Landesvorsitzender, zeigte sich ebenso entsetzt. „In dieser Stunde stehen wir eng an der Seite der Hinterbliebenen und bieten ihnen alle erdenkliche Unterstützung an.“ **red**



### Zu: 50 Jahre JUNGE GRUPPE (GdP), DP 10/16

Welch großartiger Widerspruch in (an) sich. Ein Oxymoron geradezu. Köstlich!

Im allerbesten Sinne und mit einem kleinen Schmunzeln.

**Ortrun Topp, Bielefeld**

*Anm. d. Red.: Ein Oxymoron ist die Zusammenstellung zweier sich widersprechender Begriffe in einem Kompositum oder in einer rhetorischen Figur (zum Beispiel bittersüß, Eile mit Weile). Quelle: Duden*



Liebe Kolleginnen und Kollegen: Hurra, heute erscheinen junge Menschen – wie einem Lifestyl-Magazin entnommen – zum 50-jährigen JUNGE-GRUPPE (JG)-Jubiläum auf der Titelseite der DEUTSCHEN POLIZEI. Der bekannte Autor Gerd Diefenthaler, der als JG-Vorsitzender den Innenminister Nordrhein-Westfalens bei einer Demo duzte – schrieb einen sensationellen Geschichtsbefund – geschaffen für einen Wikipedia-Eintrag – wohl als schwere Kost, fremd und fern zum heutigen Verständnis.

Als einer der wenigen Zeitzeugen in ehren- und hauptamtlicher Funktion, fast über die gesamte Epoche, erlaube ich mir ein paar Anmerkungen zur geschichtlichen Wahrheit über die Rolle und Funktion der JUNGEN GRUPPE (GdP).

1. Die JUNGE GRUPPE war deshalb für die jüngeren Generationen ein Erfolgsmodell, weil sie sich von Herkunft, Bildung, Dienstgrad, Willen zur Teilhabe und dem Bewusstsein die solidarische Erkenntnis hatten, die Polizei zum Besseren verändern zu müssen. Die Geschwindigkeit der Veränderung wollte die JUNGE GRUPPE mitbestimmen, was aber teilweise den Älteren in der GdP missfiel. Die „68er Jugendbewegung“ erreichte jedoch auch die Polizei im Mief jener Zeit.

2. Die Gründer der JUNGEN GRUPPE waren selbst von der Dynamik der

Entwicklung überrascht. Jeder Selbstbestimmung wurde entgegengetreten, zumal die Jugendorganisation von Erwachsenen gegründet wurde, um die Fördergelder aus den Jugendplänen einfordern zu können. Jugendreisen und Jugendaustausch mit anderen Ländern waren deshalb akzeptiert.

3. Die JUNGEN GRUPPEN, zum Beispiel in NRW, gründeten eigene Jugendzeitungen, um polizeiliche und gesellschaftliche Themen der Öffentlichkeit zu präsentieren. So wurde auch die Zeitung CONTACT bekannt, die kritische Texte druckte, die für die Macher ein großes Risiko darstellten, weil jede Pressearbeit bis heute monopolistisch von den Polizeibehörden erfolgt. So konnte der Unterzeichner zum Beispiel nur unter einem Pseudonym schreiben. Viele verließen die JUNGEN GRUPPEN, wenn der Karriereprung sich abzeichnete oder Widerstand drohte.

4. Den JUNGEN GRUPPEN fehlten leider in allen Zeiten Unterstützer, die sich vorbehaltlos für die jüngere Generationen einsetzten. Sobald der Wille zur Teilhabe oder Abschneiden alter Zöpfe angesagt war, relativierte sich das vollmundige Reden über eine zukunftsorientierte Nachfolgerschaft.

5. Die JUNGE GRUPPE bleibt jedoch als Nachwuchsorganisation alternativlos. Gewerkschaft, Polizei und Gesellschaft benötigen frische Ideen und mutige junge Menschen, die Standesbewusstsein an der Basis der Polizeiarbeit besitzen und sich zu Wort melden. Die Ansätze in den Ländern machen Mut. Und wer noch einen gemeinsamen Mitbestimmungsplan hat, überzeugt die Berufseinsteiger/innen, weil der individuelle Weg in unserer Polizei beschwerlich ist.

Gemeinsam gelingt einfach mehr. Die JUNGE GRUPPE bleibt deshalb ein probates Mittel der nachwachsenden Generationen, weil zu jeder Zeit Wege gefunden werden müssen, um deutlich die eigene Sicht der Dinge, auch Kritik an den Verhältnissen, zu äußern.

Diese Chance sollte genutzt werden. Das hilft der eigenen Persönlichkeit und sorgt für zufriedene Arbeit in der Polizei.

**Theo Mayer, Wuppertal**

### Zu: Autorität reloaded, DP 9/16

In dem Artikel wurde meiner Meinung nach seitens der Autorin viel zu wenig auf die Positionen unserer Politik und Justiz eingegangen, die durch ihre teilweise verharmlosenden Betrachtungsweisen einen wesentlichen Teil dazu beitragen, dass der Respekt vor der Polizei schwindet. Auf der einen Seite haben wir es mit Politiker-Gutmenschen zu tun, die offensichtlich nicht wahrhaben wollen, was auf den Straßen im täglichen Einsatzgeschehen sowie auf Demonstrationen oder Veranstaltungen mit erheblichen Gewaltpotential gegenüber Polizeibeamtinnen und -beamten vor sich geht. Andererseits haben wir eine Justiz, bei der Täter, egal ob Jugendliche oder Erwachsene, viel zu „billig“ bei Beleidigungs- oder Körperverletzungsdelikten gegenüber Polizeibeamten davorkommen.

Beklagenswert ist diesbezüglich, dass den Tätern vor Gericht schon bei erstmalig begangenen Beleidigungs- oder Körperverletzungsdelikten gegenüber Polizeibeamtinnen und -beamten leider keine – nicht zu vergessende – Signale gesetzt werden, wo ihnen ganz klar und deutlich zu verstehen gegeben wird, dass sie eine Grenze überschritten haben und daraus resultierend – von Anfang an – mit juristischen Folgemaßnahmen bestraft werden, die sich weit über der üblichen „Du böser, böser Junge“-Kategorie befinden. Um es noch deutlicher auszudrücken: Es muss bereits beim ersten Strafbefehl oder Gerichtsverfahren eine für den Täter nicht zu vergessende und gleichzeitig ernst zu nehmende Signalwirkung geben, bei welcher ihm langfristig bewusst wird, welche Folgemaßnahmen er im Wiederholungsfall zu erwarten hat.

Wir haben alle gelernt, dass die „Waffe“ der Polizeibeamtinnen und -beamten in erster Linie das Wort ist. Es gibt jedoch genug Situationen im täglichen Dienst, wo man bei bestimmten Personen mit Worten leider nicht viel oder auch gar nichts mehr erreichen kann, beziehungsweise wo eine Polizeibeamtin oder ein Polizeibeamter körperliche Gewalt anwenden oder sich mit Hilfe dieser massiv Respekt verschaffen beziehungsweise zur Wehr setzen muss, jedoch dabei Gefahr läuft, im Anschluss selbst einen „Termin“ beim Staatsanwalt zu haben.

Polizeiliches Einschreiten in Verbindung mit körperlicher Gewalt darf nicht unverhältnismäßig sein. Hier stellt sich



aber auch die Frage, woran man die Verhältnismäßigkeit des polizeilichen Einschreitens misst, wenn sich eine Polizeibeamtin oder ein Polizeibeamter zum Beispiel gegen massive Schläge, Tritte oder Angriffe mit Gegenständen zur Wehr setzen muss.

Noch ist unsere Dienst-/Einsatzkleidung nicht mit entsprechenden Sensoren ausgestattet, die die Energie von Schlägen oder Tritten misst und durch ein entsprechendes Messergebnis der Polizeibeamtin oder dem Polizeibeamten mitteilt, inwieweit er sich – im wahrsten Sinne des Wortes wehren darf –, um sich dahingehend vor einem Gewalt ausübenden Gegenüber zu schützen beziehungsweise aber auch sich in dieser Form Respekt zu verschaffen, wenn es mit Worten nicht mehr möglich ist.

Fakt ist, solange unsere Politik und Justiz das Thema Gewalt und Respektlosigkeit gegenüber Polizeibeamtinnen und -beamten mit einer Samthandschuh-Mentalität behandelt und sich der polizeidienstliche Horizont besagter Institutionen, insbesondere zu dieser Thematik, nur bis zum Rande der Schreibtischkante bewegt (wenn er sich überhaupt so weit bewegt) wird sich meiner Meinung nach diesbezüglich weniger als nichts ändern.

**Achim Jassin, Herne**

### Zu: Ausstattung, DP 9/16

Der Artikel wurde fast wortgleich bereits im Landesteil Hessen DP 7/14 abgedruckt. Seit dem hat es neue Erkenntnisse gegeben, weswegen das positive Fazit zum Einsatz einer Bodycam nicht mehr gültig erscheint. Die Auswertung des Frankfurter Pilotprojekts erfüllt keine wissenschaftlichen Standards. Vielmehr steht am Ende einer im Rahmen meiner Masterarbeit durchgeführten Meta-Evaluation von diesem Projekt und sieben weiterer Studien („Bodycams im Polizeieinsatz“, veröffentlicht im Verlag für Polizeiwissenschaft) fest, dass die versprochene Schutzwirkung nicht belegt ist. Eine umfangreiche Studie mit 500 Bodycams aus London kommt Ende 2015 ebenfalls zu dem Ergebnis, dass es nicht weniger Angriffe auf Polizisten mit Bodycams gibt. Eine Meta-Analyse von zehn Studien durch englische Wissenschaftler Anfang 2016 deutet gar eine Zunahme von Angriffen auf Träger der Bodycam an.

Das Argument der Schutzwirkung ist demnach widerlegt. In Deutschland

ist zudem der am meisten verbreitete Grund für die Bodycam in den USA bislang eher selten thematisiert worden: Dort dient sie in erster Linie als Kontrollinstrument der Polizei.

**Jens Zander, Oldenburg**

### Zu: Lesermeinung des Kollegen Jens Solomon, DP 10/16

Die Zeitschrift DEUTSCHE POLIZEI erhalte ich über meinen Sohn und lese diese immer mit großem Interesse. Diesmal möchte ich aber mal ausnahmsweise dem Schreiber im Forum/Lesermeinung Jens Solomon aus Detmold ganz herzlich gratulieren! Seine Zuschrift ist hervorragend und endlich mal ohne Schmusflokel geschrieben. Ich bin von unserer hiesigen Polizeiarbeit einfach begeistert!

Freue mich schon auf die nächste Ausgabe.

**Erwin Hege, Wangen im Allgäu**

### Zu: Gewalt gegen den öffentlichen Dienst, DP 5/16

Danke für die Mai-Ausgabe, die Themen sind interessant gewählt und aktuell. Zum Thema „Gewalt gegen den öffentlichen Dienst“ möchte ich mich äußern. Unter dem Absatz: Klima wird aggressiver, plädiert der Innenminister dafür, die Ursachen der Gewalt zu beleuchten und benennt doch nur wieder Fakten, jedoch keine Ursachen. Da die gewählten Politiker gegenüber den Bürgern ihre Wahlversprechen nicht halten, der Staat es politisch vorzieht, die Monopolinteressen der Wirtschaft zu verwirklichen, als seine Verpflichtungen zum Wohle des Bürgers zu erfüllen, sammelt sich bei diesen nachvollziehbare Wut auf die zum Teil menschenunwürdigen Zustände. Vor allem in den Niedriglohn- und Randgruppen. Welch perfide Wortwahl.

Doch gerade die Pflicht zur Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols bringt uns Polizeibeamte in eine Zwickmühle. Unsere eigenen Familien sind von den Systemauswirkungen betroffen. Ich soll und möchte meine Verpflichtungen, meine Eide erfüllen, der Staat und seine Regierung braucht das nicht? Wie verhält man sich, wenn man erkennt, dass das System Kapitalismus nicht geneigt und geeignet ist, den Menschen und seine Umwelt in den Mittelpunkt seiner Werte zu stellen, sondern das Geld? Meine polizeiliche

Arbeit ist klar definiert, doch der politische Kurs wird immer aggressiver. Das ist in meinen Augen die Ursache.

**Suse Hawer, Stralsund**



### Neues Schichtkalender-Modul in den Stores

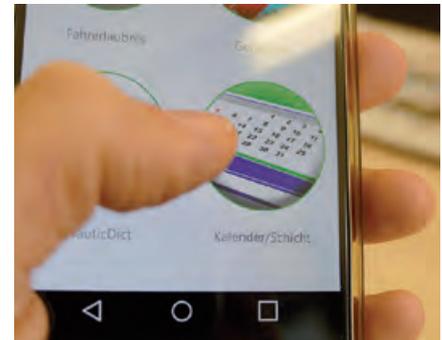


Foto: Zielasko

Die weiße GdP-Tools-App mit seinen bisherigen drei „Werkzeugen“ verfügt jetzt auch über einen Schichtkalender. Das Schichtkalender-Modul läuft derzeit noch auf den Plattformen IOS (Apple) und Android (LG, Samsung und andere) als „gereifte“ Beta-Version. Das Modul besteht aus zwei Komponenten: einem vollwertigen elektronischen Kalender mit zahlreichen Bearbeitungs-Features sowie einer darauf aufgesetzten Schicht-Applikation, mit der ein Nutzer seine individuellen Dienstschichten mit einer Dauer von bis zu 42 Tagen selbst kreieren kann. **red**

*Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.*

#### Kontakt zur Redaktion:

**GdP-Bundesvorstand  
Redaktion DEUTSCHE POLIZEI  
Stromstraße 4  
10555 Berlin  
Tel.: 030/39 99 21-113  
Fax: 030/39 99 21-200  
E-Mail:  
gdp-pressestelle@gdp.de**

---

**TITEL**

**STALKING**

A woman with reddish-brown hair is shown from the chest up, wearing a dark jacket. She has her hands pressed against her face, covering her eyes and nose, suggesting distress or fear. Behind her, a large, dark, semi-transparent shadow of a man's face and upper body looms, wearing sunglasses. The background is black.

**„Vielleicht erwarten wir von der Polizei zu viel“**

**Häusliche Gewalt und Ex-Partner-Stalking  
aus der Opferperspektive**

Von Dr. Dorothee Dienstbühl

**W**enn Medien dann und wann über Gewalt an Frauen berichten, verbinden sie dies stets mit dem Appell, sich helfen zu lassen. Werbekampagnen, beispielsweise für das bundesweite Hilfetelefon Gewalt gegen Frauen, haben Konjunktur. Doch wie ergeht es den Frauen, die sich aus diesen Beziehungen lösen wollen und die angeratenen Schritte einleiten? Welche Hilfe kann die Polizei tatsächlich bieten, und warum gehen so viele Frauen immer wieder zum gewalttätigen Partner zurück?

## Gewalt und Androhung von Suizid

Vivian B. kann endlich mit Distanz auf die Vergangenheit blicken. Die 27-jährige Angestellte musste einen weiten Weg gehen, um an diesen Punkt anzukommen. Vor sechseinhalb Jahren lernte sie Patrick Z. über gemeinsame Freunde kennen. Er kommt aus einer sehr großen Familie, viele Verwandte kannte Vivian bereits. Der familiäre Zusammenhalt, gemeinsame Feiern und das Gemeinschaftsgefühl füllen bei Vivian eine Lücke.

Zwei Jahre später ziehen sie zusammen. Im Dezember kommt es zu ersten Anschuldigungen und Beleidigungen. Grundproblem in der Beziehung ist Patricks Eifersucht. „Er unterstellte mir immer wieder Affären, mit Kollegen, Freunden, Nachbarn und schließlich mit jedem Mann, den ich nur grüßte“, blickt Vivian zurück. Er kontrolliert ihr Handy, konfrontiert sie mit Unterstellungen und beleidigt sie. Vivian versucht daher weniger Angriffsfläche zu bieten. Sie geht nicht mehr mit Freundinnen aus und zieht sich immer mehr zurück. Dennoch werden die Vorwürfe schlimmer. „Es ging nicht nur darum, was er mir alles unterstellt und wie heftig er mich beleidigt hat. Er stellte sich zudem als Opfer dar. Ich hatte bald schon ein schlechtes Gewissen, wenn ich überhaupt mit einem Kollegen auf der Arbeit zwei Sätze sprach“, berichtet die junge Frau.

## Er spuckt Vivian ins Gesicht

2012 kommt es schließlich zu ersten physischen Übergriffen. „Er hat mich so heftig am Arm gegriffen, dass ich blaue Flecken bekam. Er tat mir absichtlich weh“, sagt sie. Doch auch sein

Tonfall und die Beschimpfungen eskalieren immer häufiger, und er spuckt Vivian ins Gesicht. „Wenn er das tat, rastete auch ich aus. Das war so widerlich und demütigend.“ Es entwickeln sich erste Handgemenge, bei denen Vivian selbst noch wütend wird, Patrick wegschubst und anschreit.

Patrick, der jedoch deutlich größer und stärker als Vivian ist, unterjocht sie. Sie merkt, dass

Als Vivian im Sommer 2014 eine Leitungsposition annimmt, kommt es bald zur ersten Ohrfeige wegen einer angeblichen Affäre. Von da an eskaliert die Situation immer häufiger, sogar auf offener Straße vor wildfremden Menschen. Patricks Hemmschwelle zur Gewalt sinkt zunehmend. Doch auch die Bereitschaft, sich und seine Freundin in Gefahr zu bringen, steigt.

Nach einem plötzlichen Streit im Auto fährt Patrick völlig unangemessen und viel zu schnell. Vivian: „Ich sah mich schon im Totenhemd. Es war ihm einfach egal, ob wir sterben oder nicht.“ Die Fahrt endet erwartungsgemäß mit einem Unfall. Das Auto hat einen Totalschaden, beide kommen mit leichten Verletzungen davon. Für Vivian ist klar, dass Patrick es ernst meint und ihm weder sein noch ihr Leben wichtig ist.



es aussichtslos ist, sich zu wehren. Zudem verändert sich Patrick zunehmend: Hatte er früher noch im Betrieb seiner Eltern mitgeholfen, arbeitet er nichts mehr. Den Lebensunterhalt bestreitet Vivian allein, während Patrick Lebensprojekte andenkt und sie dafür komplett aufkommen lässt. Die Eifersucht Patricks nimmt weiter zu.

Gute Zeiten gibt es kaum noch. Während Vivian auf der Arbeit funktioniert, wünscht sie sich, er würde einfach einmal so fest zuschlagen, dass es ganz vorbei ist. Sie lebt in einem Kreislauf der Gewalt und Angst, lässt sich nach außen jedoch nichts anmerken. Patrick zerstört in der Wut Teile ihrer Einrichtung und droht Vivian damit,





DP-Autorin Dr. Dorothee Dienstbühl

Foto: privat

ihren Katzen etwas anzutun, aber auch sich selbst.

### Gesicht durch Hämatome rot und blau verfärbt

An einem Sonntag im Januar 2015 schlägt Patrick unmittelbar nach Erwachen auf Vivian ein, spuckt ihr ins Gesicht und prügelt sie schließlich durch ihre Wohnung. Nachdem sie es schafft, sich im Badezimmer einzuschließen, beendet sie die Beziehung. Patrick packt daraufhin seine Sachen und nimmt ihren Wagen. Er droht mit Suizid. Sie kann die Drohung nicht einschätzen, zudem benötigt sie ihr Auto wieder. Vivian geht zur Polizei im Ort. Ihr Gesicht ist angeschwollen und durch Hämatome rot und blau verfärbt. Der diensthabende Beamte fragt lediglich, ob sie Anzeige erstatten wolle. Sie verneint dies: „Ich wollte ihn nicht anzeigen, er hat gedroht, sich umzubringen. Ich hatte Angst, dass er ernstmacht, wenn die Polizei aufkreuzt.“ Sie verlässt die Dienststelle, ohne Hilfsangebot und völlig ratlos. „Ich weiß nicht, was ich damals erwartet habe. Ich wollte einfach nur Hilfe, mit jemandem reden, irgendwas. Aber da kam nichts, entweder Anzeige oder selber klar kommen. Ich hatte den Eindruck, ich störe nur.“ Die Verletzungen sind jedoch gravierend, Vivian muss einige Wochen später am Trommelfell operiert werden.

Trotz Schmerzen denkt Vivian noch immer daran, ihrer geregelten Tätigkeit nachzugehen. Sie organisiert sich eine Mitfahrgelegenheit, um am nächsten Tag zur Arbeit zu kommen.

Dort auf dem Parkplatz fängt Patrick sie in ihrem Auto ab. Er akzeptiert die Trennung nicht, droht mit Suizid. Eine Kollegin, die den Vorfall beobachtet und auch die Blessuren in Vivians Gesicht trotz Make-up wahrnimmt, überredet sie, nicht ins Auto zu steigen. Patrick kündigt an, gegen einen Brückenpfeiler zu fahren und rast mit dem Auto davon. Die Frauen melden sich auf der Arbeit krank und fahren gemeinsam zur Polizei. Die schätzt die Situation akut ein, greift Patrick schließlich auf und weist ihn in eine Psychiatrie ein.

Inzwischen meldet sich Patricks Mutter bei Vivian, macht sie für Patricks Situation verantwortlich und fordert sie auf, mit ihr gemeinsam zu ihrem Sohn zu fahren und ihn abzuholen, da er nach 24 Stunden entlassen

Zeit um etwa zehn Kilo runter, zeigt deutliche Anzeichen von Verwahrlosung, erhöhtem Alkoholkonsum und kommuniziert Depressionen und Abhängigkeit von Vivian. Seiner Familie sagt er, er esse nur mit ihr und dass er stirbt, wenn sie ihn verlässt. Diese wird entsprechend von der Familie unter Druck gesetzt, und sie wird verantwortlich für Patricks Zustand gemacht. Auf die Art und Weise schafft er es, dass Vivian immer wieder zu ihm fährt, ihm Nahrungsmittel einkauft, ihm kocht, mit ihm gemeinsam isst und wartet, bis er schläft. Obwohl sie die Beziehung beendet hat, fühlt sie sich für ihn verantwortlich. Auch während der Arbeit lässt Patrick sie nicht in Ruhe. Er ist fordernd und macht ihr unentwegt ein schlechtes Gewissen. Der ständige Druck, verantwortlich für den Tod eines ehemals sehr nahe-



Foto: dpa

wird. Vivian gibt dem Druck nach. Sie bringt Patrick zu seinem Wohnwagen, in den er gezogen ist. Noch völlig unter dem Schock der letzten Stunden hört sie sich wieder die übelsten Vorwürfe an.

### Sie fühlt sich für ihn verantwortlich

Was die nächsten Tage, Wochen und Monate folgt, ist Stalking. Druckmittel sind Erpressung und Drohungen. Patrick hungert sich binnen kurzer

stehenden Menschen sein zu können, wird zu groß.

Vivian sucht sich Beratung. Dort begreift sie erstmals, dass das, was Patrick mit ihr macht, Stalking ist. Sie protokolliert die Beziehung, die Veränderung und die ihr widerfahrene Gewalt. Erst sehr grob und schließlich fallen ihr immer mehr und mehr gewalttätige Zwischenfälle ein. Sie besorgt sich Fachliteratur zum Thema Stalking und erkennt, dass alle Mühen, die sie sich gegeben hatte, um Ärger und Streit zu vermeiden, völlig sinnlos waren. Denn es bedurfte



schon lange keines Anlasses mehr, damit Patrick brutal wurde. Sie spürt Wut über die ungerechte Behandlung, über eine Sichtweise, nach der sie nur alles falsch machen konnte. Nach einigen Gesprächen begreift sie, dass die Drohungen mit Suizid ein Machtmittel sind.

### Strafanzeige erstattet

Sie löst sich von ihren Schuldgefühlen, vereinbart bei der Opferschutzstelle der Polizei einen Termin und erstattet Strafanzeige. Anschließend erwirkt sie beim zuständigen Familiengericht ein Kontaktverbot. Sie wechselt ihre Handynummer, die E-Mail-Adresse und sucht sich eine neue Wohnung. Ihr Facebook-Profil löscht sie. Zudem informiert sie ihre Kollegen und leitet Anrufe weiter, wenn Patrick oder eine unbekannt Nummer sie anruft. Seine Kontaktversuche meldet sie der Polizei. Nun versuchen die Eltern Patricks und eine weitere Verwandte erneut, Kontakt aufzunehmen, sie zu bedrängen und ihr Schuldgefühle einzureden. Sie nimmt sich schließlich einen Anwalt und vermeidet jede persönliche Kommunikation. Mittlerweile ist Ruhe eingetreten. Vivian hat neue berufliche Pläne und einen ganz neuen Lebenswillen entwickelt.

Was sich jetzt als Erfolgsgeschichte liest, hat mehrere Monate gedauert und Vivian viel Kraft gekostet. Monate lang muss sie befürchten, dass Patrick wieder irgendwo auftauchen könnte. Auch Freundschaften hielten Vivians Anspruch, endlich wieder ein eigenes Leben führen zu wollen, nicht stand. Maßgeblich für sie war der starke Wille, die Situation zu verändern, vor allem aber der Umstand, dass Patrick sich irgendwann wirklich nicht mehr in der Lage gesehen hat, gegen die Mauer, die Vivian errichtet hat, anzugehen. Das kann trotz vieler Bemühungen auch anders verlaufen.

### „Niemand glaubt mir mehr“

Marie K. hat nach Monaten der Trennung von ihrem gewalttätigen Partner noch keinen Frieden gefunden. Zum einen ist auch sie noch auf ihren Ex-Partner fixiert, zum anderen hat sie seitdem immer wieder Ärger und Angst. 2012 lernte sie mit knapp

20 Jahren an ihrem Ausbildungsplatz Arian kennen. Er gibt sich als 23-Jähriger aus, später wird sie feststellen, dass er neun Jahre älter ist. Seine lockere, sympathische Art fasziniert sie und um ihn kennen zu lernen, besorgt sie sich seine Telefonnummer über das Kundenverzeichnis der Firma. Die beiden werden rasch ein Paar. Doch schnell zeigt Arian aggressives Verhalten. Marie hat Probleme mit ihrer Eifersucht anderen Frauen gegenüber, denen sie unterstellt, sich ihrem Freund anzubiedern, wenn sie nur grüßen. Von Beginn an hält Marie die Beziehung für aussichtslos, und sie vertraut Arian nicht. Gleichzeitig fühlt sie sich sehr von ihm angezogen. Doch die Beziehung tut ihr nicht gut. Arian beschimpft sie als „Möchtegern-Hure“, schlägt und tritt sie und erniedrigt sie vor fremden Menschen. Sie will sich schließlich trennen und geht zu einem Anwalt, weil sie sich sicher ist, dass ein einfaches Schlussmachen nicht ausreicht. Dieser setzt ein Schreiben auf und droht Arian mit einer Verfügung. Arian ist davon wenig beeindruckt, ruft Marie zu Hause an und erscheint an ihrem Arbeitsplatz. Er erpresst sie damit, dass sie in der Ausbildung im Kundenverzeichnis ihrer Firma seine persönlichen Daten entwendet hat. Arian wickelt die Trennungstreitigkeiten über die Firma ab, so dass bald jeder über sehr intime Details Bescheid weiß. Auch macht er seine Drohung wahr und erzählt Mariess Chef in von dem unerlaubten Zugriff auf die Kundendatei. Marie erhält daraufhin eine Abmahnung. Zudem wird sie angehalten, endlich die Firma aus der Trennung herauszuhalten.

### Er schlägt ihren Kopf gegen die Wand

Sie gibt nach, nimmt die Beziehung erneut auf. Arian besteht auf Sex in unmittelbarer Nähe zum Arbeitsplatz und hofft, dass es jemand sieht. Über den Anwalt lacht er und fährt mit Marie gerne an der Kanzlei vorbei. Die beiden ziehen schließlich zusammen in eine Wohnung, die angeblich ihm gehört. Arian meldet sich dort, kurz nachdem er seinen Erstwohnsitz dort angemeldet hat, wieder ab. Er arbeitet aushilfsweise auf Baustellen, behauptet jedoch, dort Vorarbeiter zu sein. Wenn Marie Nachfragen stellt, rastet Arian aus, beleidigt sie und wird handgreiflich. Er redet ihr ein,

wie hässlich sie sei und dass er Tausend Mal schönere und intelligentere Frauen haben könne. Mit ihrem Real schulabschluss und einer Ausbildung sei sie in seinen Augen niemand: „Das Problem dabei war einfach, dass ich mich damals eigentlich genauso gesehen habe, als hässlich und wertlos. Das wusste er“, sagt sie. Vor allem lernt Marie, dass sie nicht nur Arian nicht kritisieren darf, sondern auch niemanden aus seiner Familie. Als Arian sich über Mariess Mutter lustig macht und darüber, dass sie nicht arbeiten würde, entgegnet Marie, dass seine Schwester doch auch Hausfrau sei. Daraufhin dreht er regelrecht durch, prügelt sie und schlägt ihren Kopf gegen die Wand. Einmal schlägt er ihr nach einem Streit mitten ins Gesicht und zerreißt ihre Bluse. Marie rennt mit dem blutigen Gesicht völlig aufgelöst zu Arians Mutter, die ihr den Zutritt zur Wohnung verweigert.

Indes wird die Gewalt unvorhersehbar. Auf einer Fahrt zur Arbeit fährt Arian plötzlich rechts ran und schlägt Marie immer und immer wieder mit der Faust gegen den Kopf. Dann fährt er weiter und lässt sie bei der Arbeit raus. Der Tag vergeht für Marie wie in Trance, sie versucht ihren Kopf aufrecht zu halten und fühlt sich benommen.

Arian taucht auf ihrer Arbeitsstelle nach wie vor auf und demonstriert ihr, wie gut er mit ihren Kollegen kann. Marie kündigt nach einer Weile ihre Arbeitsstelle. Sie hat das Gefühl, dass jeder sie dort für verrückt hält und auf Arians Seite steht. Denn er redete ihr ein, dass sie irre sei, dass sie sich beispielsweise die Gewalt vom Wochenende eingebildet habe, er ihr aber mal richtige Gewalt antun könne.

Um mehr Sicherheit zu haben, wirkt Marie darauf hin, dass sie gemeinsam in eine Wohnung in ihrem Elternhaus ziehen. Arian stimmt dem schließlich zu, da seine Eltern seine Wohnung übernehmen wollen. Marie rechnet damit, dass er bei ihr zu Hause nicht mehr so gewalttätig ist. Doch an der Anwesenheit der Eltern und des Bruders im Haus stört Arian sich wenig, wenn er zuschlägt. Marie findet unterdessen eine neue Arbeitsstelle, Arian hingegen hört auf zu arbeiten und lässt sich von Marie aushalten. Die Beziehung wird nicht besser. Mariess Eltern nehmen die Anspannungen wahr, halten



sich jedoch heraus, solange es bei den Streitigkeiten nicht zu laut wird. Ihr Bruder zieht aus. Marie vertraut sich nicht an, stattdessen spricht sie einfach nicht mehr mit ihrer Mutter und verhält sich ihr gegenüber bewusst arrogant. Sie will sie dadurch schützen, denn Arian erklärt Marie immer wieder, wie sehr er ihre Familie hasst.

### Gewalt ist zum Alltag geworden

Das Paar lebt isoliert, hat keinen Freundeskreis, keine Hobbies. Wenn Marie arbeitet, schreiben sie sich verliebte Kindereien und Floskeln. Wenn sie zu Hause ist, lebt sie in einem Kreislauf aus Angst, Gewalt und Erniedrigung. Arian fordert sie auf, einen Kredit zu nehmen, um ihm ein Grundstück zu kaufen und einen Hausbau zu finanzieren. Während sie versucht,

Hilfe und eine ausführliche Beratung. Sie erstattet Anzeige und erhält Aufklärung über das weitere Vorgehen. Zwei Beamte fahren in die Wohnung von Marie, setzen Arian über die Trennung und die Strafanzeige in Kenntnis und sprechen nach dem Prinzip „Wer schlägt, der geht“ einen Platzverweis aus. Die Beamten bleiben solange, bis er seine Sachen gepackt und die Wohnung verlassen hat.

**D**och Arian lässt sich das nicht bieten. Gibt er bei den Polizisten noch an, sich ohnehin von Marie trennen zu wollen, versucht er direkt, Kontakt aufzunehmen. Marie beantragt ein Kontaktverbot, besorgt sich eine neue Handynummer und informiert den Arbeitgeber, der vorsorglich ein Hausverbot ausspricht. Doch der tatsächliche Kraftakt folgt erst: Marie erträgt die Trennung selbst zunächst kaum. Währenddessen beginnt Arian, sie an ihrem Arbeitsplatz zu terrorisieren. Zunächst schreibt er anonyme Faxe. Schließlich belästigt er eine Kollegin von ihr via WhatsApp und SMS und schickt Kolleginnen und auch dem Vorgesetzten Aktbilder von Marie, die er heimlich gemacht hat, jedoch ohne, dass ihr Gesicht zu sehen ist. Marie muss an ihrer Arbeit offenbaren, was sie jahrelang verschwiegen hat. Gleichzeitig nimmt er sich einen Rechtsbeistand und ficht das Kontaktverbot an.

### Richter glaubt ihr nicht

Als es zur Verhandlung kommt, findet es der zuständige Familienrichter ungläubwürdig, dass eine Frau, die Jahre lang von ihrem Partner gequält und gedemütigt wird, bei diesem bleibt und ihm von der Arbeit aus infantile Nachrichten schreibt. Darauf, dass es sich dabei um einen Kontrollmecha-

nismus handelt, kommt er aufgrund mangelnder Erfahrung mit dieser Thematik nicht. Marie ist fassungslos: „Ich musste diese blödsinnigen Nachrichten doch schreiben. Hätte ich es nicht getan, hätte ich am Abend wieder Ärger mit ihm bekommen.“ Und weiter: „Es war so schwer, alles, was passiert ist, fremden Menschen mitzuteilen. Und dann glaubt mir ausgerechnet der Richter nicht. Nun stehe Arian noch als Opfer dar und ich als Lügnerin.“

**U**nd die Schikanen gehen weiter: Arians Rechtsbeistand, der sich im Internet selbst als Opferanwalt bezeichnet, überzieht Marie mit Geldforderungen für einen Schaden an Arians Auto, den Marie vor Jahren verursacht haben soll, sowie für Renovierungsarbeiten in der gemeinsamen Wohnung, wobei diese auf Arians Wunsch vorgenommen wurden und Mariens Eltern ihn dafür bereits bezahlt hatten. Und er macht weiter mit seinen Kontaktaufnahmen, auch zu Mariens Mutter und vor allem weiterhin zu Kollegen. Er diskreditiert Marie in anonymen Nachrichten und macht deutlich, dass er sie beobachtet, ihr neues Auto, das Nummernschild und ihre neue Adresse kennt. Er beobachtet sie. Viele seiner Nachrichten an Dritte sind meistens völlig unsinnig, gleichzeitig zeugen sie von Größenwahn: Ihm kann keiner was. Auch die Empfänger beleidigt er auf widerliche Art und Weise.

**E**ine Kollegin von Marie erstattet daher Anzeige. Die Angriffe gegen andere sind für Marie besonders schlimm: „Im Endeffekt war ich Schuld, dass er andere Menschen belästigt. Es ging ja gegen alle, die mit mir Kontakt haben, und er beleidigte sie. Manchmal dachte ich, ich kann einfach nicht mehr.“ Die Kollegen und auch der Vorgesetzte stehen zu Marie, sie versuchen, ihr am Arbeitsplatz so viel Normalität wie nur möglich zu geben. Marie ist dafür dankbar, weiß jedoch, dass sie noch einen weiten Weg vor sich hat: „Was er mir in der Beziehung angetan hat, ist das Eine. Was er aber mir jetzt und Menschen in meinem Umfeld antut, das ist noch viel abartiger. Arian will mich vernichten. Und dass ich dann als Opfer um meine Glaubwürdigkeit kämpfen muss, ist einfach nur bitter. Manchmal denke ich daran, ganz Schluss zu machen. Aber dann hätte er gewonnen.“

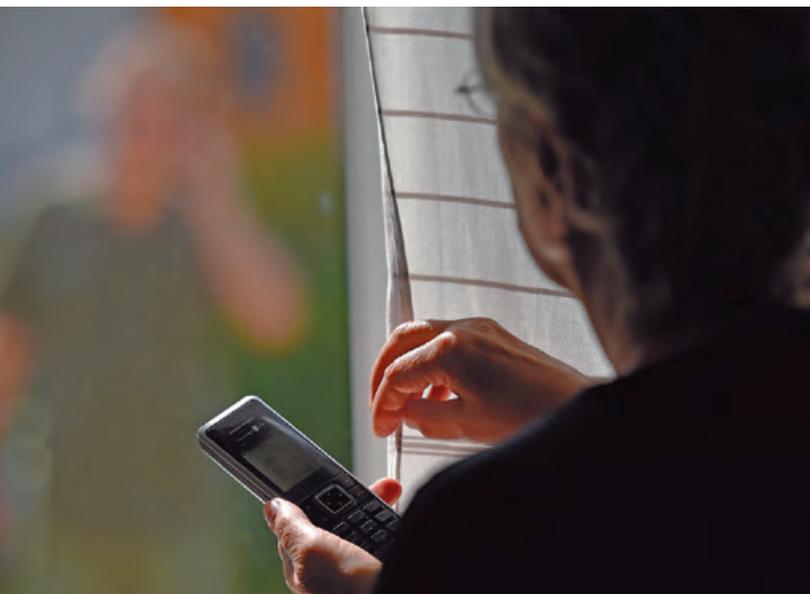


Foto: Angelika Warmuth/dpa

dies hinauszuzögern, wird Arian ständig wütend. Marie sucht sich Beratung und plant die Trennung. Auch sie protokolliert auf Anraten den Beziehungsverlauf und die Vorfälle. Bei ihr ist die Gewalt so alltäglich geworden, dass sie anfangs nur gravierende Gewaltausbrüche niederschreibt. In der Beratung schildert sie auf Nachfrage noch mehr gewalttätige Situationen. Sie bearbeitet ihre Ausführungen daraufhin und beschließt, dass die Trennung schnell gehen muss. Sie will es hinter sich haben. Sie geht zur Polizei mit mittlerweile zwölf geschriebenen Seiten nach Jahren und in Stichpunkten zusammengefasst. Dort findet sie sofort



## Gewaltkreislauf und ambivalentes Verhalten

So unterschiedlich die dargestellten Fälle sind, ist ihnen ein Gewaltkreislauf gemein, in dem die Phasen der Gewalt zunehmen und die Ruhephasen abnehmen. Betroffene schildern häufig, dass es am Anfang noch die Phasen der Wiedergutmachung gibt, die sogenannte Honeymoon-Phase. Doch je länger die Gewalt in der Beziehung etabliert ist, desto mehr verschwindet diese. Auch die normale Phase, in der die Beziehung ohne Gewalt funktioniert, wird durch eine Normalität ersetzt, in der Angst, Gewalt und Demütigung den Alltag bestimmen. Daneben herrscht ein engmaschiges Kontrollsystem, dem sich die Betroffenen kaum entziehen können: Ihre Handys und E-Mails werden überwacht, wenn die Täter besonders eifersüchtig sind, werden sie zum Teil im Alltag von ihnen observiert. Erpressung und das permanente Eintrichtern von Schuldgefühlen und Minderwertigkeitskomplexen verringern den Bewegungsraum zusätzlich, die Opfer werden systematisch isoliert.

Wenn sich Betroffene an die Polizei wenden, handelt es sich oft um akute Situationen. Dies führt zu zweierlei: Zum einen ziehen einige Betroffene ihre Anzeigen zurück, wenn der gewalttätige Partner oder auch die gewalttätige Partnerin Besserung gelobt und Änderungen verspricht. Zum anderen ist das Hilfeersuchen dann völlig unstrukturiert. In Vivians Fall hätte der diensthabende Beamte auf sie eingehen müssen, als sie mit sichtbaren Verletzungen und völlig aufgelöst auf der Dienststelle erschien: Das ist unstrittig. Doch Vivian hat im Nachhinein sogar Verständnis: „Ich wollte Patrick damals nicht schaden oder ihn anschwärzen. Ich hatte zu dem Zeitpunkt keinen eigenen Willen, ich habe mich ja immer noch nach seinen Befindlichkeiten gerichtet. Ich wollte, dass es ihm gut geht, aber dass ich nichts mehr mit ihm zu tun haben muss, weil ich einfach nicht mehr konnte. Wenn jemand in meiner Situation zur Polizei läuft, erwartet er vermutlich in dem Moment das Unmögliche. Nur kann die Polizei all das, was passiert ist, nicht ungeschehen machen. Aber vielleicht hätte mir ein Ernstnehmen meiner Lage und die Zuführung zu einer guten Beratung die nachfolgenden Monate an Drohungen

und Nachstellungen erspart. Ich weiß es nicht“, sagt Vivian.

## Tägliche Liebesbekundungen via WhatsApp

Auch wenn die Polizei die Pflicht hat, jedem Sachverhalt nachzugehen, so führen Fälle von Anzeigen oder Hilferufen an die Polizei, die wiederholt von Frauen gestellt werden, die dann zu ihren gewalttätigen Partnern zurückgehen, zur Resignation. Dann war es angeblich wieder die ewige Treppe, die man hinunterstürzt, das Fenster, an dem man sich das blaue Auge geholt hat oder, oder, oder. Ambivalentes Verhalten mindert die Glaubwürdigkeit. Vor allem Opfer von Ex-Partner-Stalking, das aus einer gewalttätigen Beziehung folgt, verhalten sich häufig widersprüchlich. In Maries Beispiel führte die Tatsache, dass sie vier Jahre mit ihrem gewalttätigen Partner zusammenblieb und ihn anbettelte, zu ihr zurückzukommen, wenn eine Trennung anstand, dazu, dass der Familienrichter ihr nicht glaubte. Dazu trugen auch die infantil anmutenden und täglichen Liebesbekundungen via WhatsApp bei, die sich das Paar jeden Tag schrieb, wenn Marie auf der Arbeit war. Er konnte sich nicht vorstellen, dass ein Opfer sich derartig widersprüchlich verhält. Jedoch ist genau das eine häufige Tatsache.

Auch Dr. Jens Hoffmann vom Darmstädter Institut für Psychologie und Bedrohungsmanagement (IPBm) begegnen diese Verhaltensweisen: „Untersuchungen zeigen sogar, dass sich ein guter Teil der Betroffenen von Intimpartnerstalking ambivalent verhält. Aus unterschiedlichen Gründen: Beispielsweise aus Angst, aus Mitleid oder weil sie ihrerseits noch an dem Ex-Partner hängen.“ Wie in Maries Beispiel. Noch Monate nach der Trennung war es nicht ihre größte Angst, dass er vor ihr stehen und gewalttätig werden könnte, obwohl sie auch davor Angst hat. Am schlimmsten war für sie der Gedanke, dass er mit einer neuen Frau vor ihr steht. Diese Täter-Opfer-Beziehung ist für Außenstehende kaum nachvollziehbar und deswegen nicht glaubwürdig. Wenn dann noch Fälle sogenannter „falscher Opfer“ publik werden, also Personen, die sich vorsätzlich als Opfer von (sexueller) Gewalt oder Stalking ausgeben, um einen vermeintlichen



Foto: Zielasko

„Täter“ zu diskreditieren, schwächt das die Glaubwürdigkeit echter Opfer immens.

## Umgang mit Opfern von Ex-Partner-Stalking

Sowohl in der Beratung als auch in der strafrechtlichen Aufarbeitung sollte die Realität des Opfers als solche wahrgenommen werden. Gerade das Ohnmachtsempfinden, dem (Ex-)Partner völlig ausgeliefert zu sein, zieht sich durch Wahrnehmung und Handlungen der Opfer von häuslicher Gewalt. Besonders wichtig ist das Protokollieren der Beziehung und der Vorkommnisse durch das Opfer. Sobald jemand diese Gewaltspirale durchbrechen will, sollte er oder sie unbedingt die Sachverhalte chronologisch niederschreiben, so gut das eben möglich ist. Dauert die Gewalt bereits über Jahre an, empfiehlt sich, zumindest Vorkommnisse ungefähr einzuordnen, im Laufe der Zeit werden der oder dem Betroffenen immer weitere Vorfälle einfallen. Mit diesen Protokollen wird der Polizei beim Erstellen der Anzeige die Arbeit deutlich erleichtert.

Dieser Prozess löst beim Opfer immer Reaktionen aus, denn sie durchleben die Gewalt in ihrer Erinnerung



nochmal. Im Fall von Vivian hatte das Niederschreiben einen befreienden Effekt, denn es half ihr, sich von den jahrelang eingetrichterten Schuldgefühlen zu lösen. Für Marie förderte das Niederschreiben Erinnerungen zutage, die sie bewusst verdrängt hatte. „Als ich das aufschrieb, hörte ich wieder die ganzen Beschimpfungen, wie ‚du degenerierte Missgeburt, du hässliche Möchtegern-Hure, du elendes Stück Scheiße‘... und durchlebte diese Demütigungen wieder, das war heftig“, erinnert sich die junge Frau. Auch diese Erfahrung teilt Marie mit vielen anderen Opfern: Die ständig erfahrene Gewalt wiegt nicht so nachhaltig, wie die indoktrinierten Demütigungen, die als Glaubenssätzen übernommen werden.

### Kontrolle über eigenes Leben zurückgewinnen

Wichtig für Opfer solcher Gewalt ist es, die Kontrolle über ihr eigenes Leben zurückzugewinnen. Und das klingt deutlich einfacher, als es ist. Denn genau darum geht es den Stalkern selbst: Sie wollen die Kontrollen über das Opfer, über deren Leben. Sie üben Macht aus, bestimmen über das Leben eines anderen Menschen. Sich daraus zu lösen, bedarf mehr, als nur Anzeige zu erstatten. Die Betroffenen bedürfen der Stabilisierung vor allem im sozialen Nahraum. Und das ist häufig besonders schwierig, da sie häufig lange Zeit sozial relativ isoliert waren und zudem stets behauptet haben, die Beziehung laufe hervorragend. Häufig wurde Streit in der Familie und unter Freunden provoziert, um die Maske aufrecht zu erhalten. Genau diese Menschen stehen nicht unbedingt zur Verfügung, wenn das Opfer Hilfe und Zuspruch braucht.

Entsprechend nötig ist es, in der Beratung mit den Opfern gemeinsam zu klären, welche Ressourcen noch vorhanden sind und auch Angehörigen die Situation helfen zu erklären. Psychologische Hilfe ist auf kurze oder lange Sicht meist unerlässlich. Bei Vivian kam das schwarze Loch erst relativ spät: „Am Anfang habe ich mein Leben komplett umgekrempelt und mich in die Arbeit gestürzt. Und ich bin verreist, das hat auch am Anfang wunderbar geholfen. Dann aber kam irgendwann die Erschöpfung und Zeit zum Nachdenken. Da wusste ich dann, dass es nun Zeit ist, mir psycho-

logische Hilfe zu suchen. Ich muss das aufarbeiten, was ich verdrängt hatte.“ Marie scheut diesen Weg noch: „Was soll ein Psychologe denn machen? Ich habe es nun mal erlebt, daran kann der auch nichts ändern.“ Neben dem erfahrenen Leid haben Marie und Vivian auch immense finanzielle Schäden davongetragen. Vivian bilanziert: „Ich war zu Zeiten der Beziehung für den Lebensunterhalt zuständig, musste seine Versicherung übernehmen, seine Hirngespinnste, Bestellungen und Rechnungen bezahlen und auch den Schaden, den er in der Wohnung angerichtet hat. Danach: Umzugs- und Anwaltskosten. Grob überschlagen komme ich auf etwa 15.000 Euro.“ Marie resümiert: „Während bei ihm angeblich nichts zu holen ist und er Prozesskostenhilfe beantragen kann, muss ich alles selbst zahlen.“

Jeder Leidensweg ist individuell, jedes Opfer braucht etwas anderes. Die Polizei kann diese intensive Hilfestellung nicht leisten. Und auch die Opferberatungsstellen können den Betroffenen nicht das Leid nehmen, das sie erfahren haben und im Trennungsprozess noch erfahren werden. Die Betroffenen müssen deswegen enorme Anstrengungen auf sich nehmen, viel Kraft und Willen oft über einen langen Zeitraum aufbringen.

### Geplante Reformen

Stalking ist von Seiten der Opfer oft nur schwer nachweisbar. Viele Attacken erfolgen anonym wie die Faxe an Marias Arbeitsplatz. Zwar gibt es den juristischen Begriff sogenannter Anscheinsbeweise, jedoch sind gerade die im Strafrecht nicht gängig. Reformbedarf am Stalking-Paragrafen, Nachstellung nach Paragraph 238 Strafgesetzbuch (StGB) wurde besonders von Opferschutzstellen angeprangert. Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) hat nun einen Gesetzentwurf vorgelegt, wonach das „Erfolgssdelikt“ des Nachstellens in ein „Gefährdungssdelikt“ umgewandelt werden soll. Denn bislang sieht der Paragraph 238 StGB eine Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe nur dann vor, wenn der Täter durch sein beharrliches Verhalten das Leben des Opfers schwer beeinträchtigt hat. Somit muss ein Schaden beim Opfer verursacht worden sein. Künftig soll es ausreichen, wenn jemand einer anderen Person in einer Weise nach-

stellt, die lediglich „geeignet“ ist, deren Lebensgestaltung schwerwiegend zu beeinträchtigen.

Die Absicht dahinter ist zu begrüßen, jedoch weist der Deutsche Richterbund daraufhin, dass das Kriterium der bloßen Geeignetheit so abstrakt bleibt, dass es in der Praxis weiterhin kaum nachweisbar sein dürfte. Bei anderen „Gefährdungssdelikten“ seien die Gefahren wissenschaftlich exakter bestimmbar, etwa Gefahren für die Gesundheit oder das Leben. Hier aber liegt der Fall anders. Somit hänge es nach wie vor von der Widerstandsfähigkeit der Opfer ab, ob die Taten wirklich „geeignet“ seien, sie in ihrer Lebensführung nachhaltig zu beeinträchtigen. Es ist daher zu befürchten, dass künftig zwar mehr Verfahren eingeleitet, dafür jedoch mehr eingestellt werden könnten. Es werden schon jetzt wenig Täter wirklich verurteilt, durch die Reform könnten es im Verhältnis noch weniger werden. Das Signal an die Opfer ist dann verheerend.

### Fazit

Wie groß das Dunkelfeld bei häuslicher Gewalt und Stalking tatsächlich ist, ist kaum zu schätzen. Viele Betroffene und gerade männliche Betroffene, finden häufig nicht den Weg in eine professionelle Beratungseinrichtung. Scham und Angst hindern sie daran. Und auch die Aussicht auf das, was nach der Trennung folgt, hält viele davon ab.

Polizeibeamte, Berater und Anwälte sollten sich von dem Anspruch lösen, das Opfer aus der eigenen Perspektive heraus verstehen zu wollen. Tatsächlich stößt dieser Anspruch häufig an die Grenzen dessen, was die eigene Auffassung von einer Beziehung ist. Letztendlich führt das nur zu einer Barriere. Viel wichtiger ist es, dem Opfer die Geschehnisse als Außenstehender zu erklären, Prozesse ersichtlich zu machen und sie auf den langen Weg, der vor ihnen liegt, vorzubereiten.

Auf die Frage, wie sie reagiert, wenn er plötzlich vor ihr steht, zuckt Vivian mit den Schultern: „Es hängt von meiner Tagesform ab. Es gibt Tage, da denke ich, bei einer Begegnung würde ich zusammenbrechen. An manchen Tagen denke ich mir: Komm du mir nur unter, Freundchen! Und an anderen Tagen denke ich gar nicht daran. Das sind die besten.“



# Opferanwalt: Instrumente des Gewaltschutzgesetzes in der Praxis bewährt

**Rechtsanwalt Martin Blanke sammelte als Verteidiger, Ankläger und Richter jahrzehntelang viele Erfahrungen bei der Auseinandersetzung mit häuslicher Gewalt. Der Jurist, der vor seinem Ruhestand zuletzt als Präsident des Amtsgerichts Wiesbaden tätig war, sieht jetzt sein Anliegen darin, den Opfern von Straftaten Gehör zu verschaffen und zu helfen, ihre Interessen durchzusetzen. Mit ihm sprach Dr. Dorothee Dienstbühl für DEUTSCHE POLIZEI.**

**DEUTSCHE POLIZEI (DP): Erleben Sie als Anwalt typische Verhaltensweisen bei den Opfern häuslicher Gewalt?**

**Martin Blanke:** Diejenigen Opfer häuslicher Gewalt, die zunächst lediglich beraten werden wollen und noch auf der Suche nach einer ihnen praktikabel erscheinenden Reaktion auf die erlittene Gewalt sind, sind voller Angst. Sie suchen auf Grund häufig lang andauernder Beeinflussung durch die Täter regelmäßig die Schuld für die erlittenen Qualen – zumindest

**DP: Wie erleben Sie diese Fälle vor Gericht? Welche Chancen haben die Geschädigten durch das Gewaltschutzgesetz (GewSchG) tatsächlich?**

**Blanke:** Das Instrumentarium des Gewaltschutzgesetzes hat sich meines Erachtens in weiten Teilen in der Praxis bewährt. Dies beruht maßgeblich auf der in der weitaus überwiegenden Zahl der Fälle dem gerichtlichen Verfahren vorgelagerten, konsequenter gewordenen polizeilichen Anwendung der Platzverweisung und des Kontakt- und Annäherungsverbots nach den Sicherheits- und Ordnungsgesetzen der Länder. Hierbei ist auch die polizeiliche Erstberatung der Opfer unter Hinweis auf das Gewaltschutzgesetz von erheblicher Bedeutung.

Die gerichtlichen Entscheidungen des einstweiligen Rechtsschutzes ergehen regelmäßig zeitnah und sachgerecht. In vielen Fällen ist das entschlossene polizeiliche und danach folgende gerichtliche Handeln für die Täter ein wichtiges und auch ausreichendes Signal im Sinne eines „Stopp jetzt! Hier nicht weiter!“. Und die Opfer erleben die räumliche Trennung mit Kontaktverbot als erstmalige Chance zur Ruhe zu kommen und als Durchbrechen der Leidensphase.

Ging der Gewaltschutzanordnung jedoch kein polizeiliches Eingreifen voraus, haben sich die Opfer nicht frühzeitig anwaltlich beraten lassen und/oder frühzeitig eine Opferberatungsstelle aufgesucht und dadurch versäumt, Verletzungen durch ärztliche Atteste objektivierbar zu machen, für Gewaltanwendungen und Nachtstellung zeitnah Zeugen zu ermitteln und Beweise zu sichern, wird die Beweislage für die Opfer spätestens in einer auf Antrag des Täters anberaumten mündlichen Verhandlung schwierig.

Probleme sehe ich im Übrigen bei der Ahndung von Verstößen gegen gerichtliche Anordnungen mittels Ord-



Foto: privat

**Martin Blanke, Präsident des Amtsgerichts i. R., Jahrgang 1948, ist Rechtsanwalt (www.opferanwalt-blanke.de). Er berät und vertritt in Strafsachen ausschließlich Opfer von Straftaten. Vor seiner richterlichen Tätigkeit war Blanke als Verteidiger und Staatsanwalt tätig.**

auch – bei sich. Mangels Kenntnis der polizeilichen Befugnisse in Fällen häuslicher Gewalt und der gerichtlichen Entscheidungsmöglichkeiten nach dem Gewaltschutzgesetz besteht die Sorge vor weiter sich steigernder Gewalt des Täters, sofern dieser von einem „Schutzersuchen“ des Opfers erfährt.

**COP® SPECIALS**  
November / Dezember 2016  
\*\*Gültig vom 20.10. bis 31.12.2016

**MIT SHOPS IN BERLIN  
FRANKFURT · LEIPZIG  
MÜNCHEN · WIEN**

**1 Einsatzstiefel**  
adidas® GS69.2  
Art.-Nr. 85807295-Größe UK  
Farbe: schwarz  
Größen: (EU 36 - 50), UK 3,5 - 14  
Verfügbar in 1/2 Größen  
Gewicht 1 Stiefel in Gr. 43: 724 g

**AKTIONSPREIS\*\***  
**€139,90**  
statt 164,99\*

Zertifiziert als Berufsschuh gem. EN347/02

Größe UK 3,5 4 4,5 5 5,5 6 6,5 7 7,5 8 8,5 9 9,5 10 10,5 11 11,5 12 12,5 13 13,5 14  
Größe EU 36 36,5 37,5 38 38,5 39,5 40 40,5 41,5 42 42,5 43 44 44,5 45,5 46 46,5 47,5 48 48,5 49,5 50

**2 Einsatzhandschuh**  
COP® CR214 TS  
Art.-Nr. 32021475-Größe  
Größen: XS - 3XL, Farbe: schwarz  
Handinnenseite aus weichem, strapazierfähigem Ziegenleder. Schnittschuttfutter aus Kevlar® im Bereich der Hand- und Fingerringenseiten. Prüfung nach EN388 am 14.01.2009 durch Institute for Testing and Certification, Tschechische Republik.

**AKTIONSPREIS\*\***  
**€29,90**  
statt 40,95\*\*

EN 388  
Abriebfestigkeit: Kategorie 2  
Schnittfestigkeit: Kategorie 2  
Weiterreißfestigkeit: Kategorie 3  
Durchstichfestigkeit: Kategorie 2

**3 Under Armour® Tactical Handschuh**  
"Infrared" ColdGear®  
Art.-Nr. UA12426635-Größe  
Farbe: schwarz; Größen: S - XL  
Material: 87% Polyester, 13% Elasthan. Dünner, elastischer und eng anliegender Einsatzhandschuh mit Schaumverstärkung über den Knöcheln und langem Bund

**AKTIONSPREIS\*\***  
**€25,90**  
statt 34,95\*

**4 Tactical Langarm**  
Crew T-Shirt Under Armour®  
ColdGear®  
Art.-Nr. UA12443940-Größe (olivgrün)  
Art.-Nr. UA12443945-Größe (schwarz)  
Art.-Nr. UA12443948-Größe (beige)  
Art.-Nr. UA1244394N-Größe (navy)

Farben: schwarz, olivgrün, beige, navy  
Größen schwarz: S - 3XL, beige, oliv, navy: S - 2XL  
Material: 87% Polyester, 13% Elasthan  
Langarmshirt mit ColdGear® Technologie.

**AKTIONSPREIS\*\***  
**€39,90**  
statt 64,95\*

**5 Under Armour® Tactical Beanie-Mütze**  
Art.-Nr. UA1219736-O (olivgrün)  
Art.-Nr. UA1219736-N (navy)  
Art.-Nr. UA1219736-S (schwarz)

Farben: schwarz, navy und olivgrün  
Größen: Einheitsgröße  
Material: 100% Polyester  
Isolierte, leichte Micro Fleece-Mütze.

**AKTIONSPREIS\*\***  
**€15,90**  
statt 26,95\*

**6 Under Armour® Einsatz-/Sporttasche mit Rollen "Road Game I"**  
Art.-Nr. UA12350955  
Außenmaße: 65 x 41 x 34 cm (L x B x H)  
Farbe: schwarz; Gewicht: 2,5 kg  
Sporttasche mit Rollen aus der Under Armour® Sportsline. Ideal für Einsatz und Reisen.

**AKTIONSPREIS\*\***  
**€149,90**  
statt 179,95\*

**7 Polizeiausrüstungstasche COP® 903**  
Art.-Nr. 903 BAG-2 (schwarz)  
Art.-Nr. 903 BAG-2C (coyote)  
Farben: schwarz und coyote  
Material: 100% Polyester

**AKTIONSPREIS\*\***  
**€59,90**  
statt 84,95\*\*

**8 Polizeiausrüstungstasche COP® 903 POLIZEI**  
Art.-Nr. 903 BAG-2P2 (schwarz)  
Art.-Nr. 903 BAG-2CP2 (coyote)  
COP® 903 inkl. 1 Stk. Nicht-Reflex Folie POLIZEI, klein (91B135035POL).

**AKTIONSPREIS\*\***  
**€59,90**  
statt 84,95\*\*

Kann nur von Behörden / Einrichtungen / Personen mit entsprechender Legitimierung erworben werden!

\* Frühere unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers. \*\* ehemaliger Verkäuferpreis  
\*\* Angebote / Aktionspreis gültig vom 20. Oktober bis 31. Dezember 2016

## STALKING

nungsgeld und dessen Vollstreckung. Zum einen erscheint das Verfahren in der Praxis zu langwierig, zum anderen beeindruckend (die in der Regel viel zu niedrig festgesetzten) Ordnungsgelder Wiederholungstäter regelmäßig nicht. Hier wäre gegebenenfalls gesetzgeberisch nachzusteuern.

### **DP: Was raten Sie den Opfern von häuslicher Gewalt generell?**

**Blanke:** Rufen Sie bereits im ersten Fall die Polizei, dringen Sie auf eine Platzverweisung des Täters. Wer einmal schlägt, schlägt wieder. Lassen Sie sich möglichst frühzeitig durch einen in Opfersachen erfahrenen Anwalt vertreten und nehmen Sie unverzüglich professionelle Hilfe durch Beratungsstellen in Anspruch.

### **DP: Was würden Sie sich an Maßnahmen wünschen, um dem Leid der Opfer gerecht zu werden? Ich denke dabei nicht**

**nur an gesetzliche Initiativen, sondern beispielsweise auch die Fortbildung von Richtern ...**

**Blanke:** Ermittlungs- und Strafverfahren bei häuslicher Gewalt, insbesondere wegen Körperverletzungsdelikten, sollten polizeilich und justiziell vordringlich bearbeitet werden. Das gilt genauso bei Verstößen gegen das Gewaltschutzgesetz (Paragraf 4 GewSchG) – also wegen Verstößen gegen ergangene gerichtliche Anordnungen. Das Leid, die Ängste und gefühlte Hilflosigkeit, denen Opfer häuslicher Gewalt und von Nachstellung bei Wiederholungstaten – trotz bestehender gerichtlicher Schutzanordnung – ausgesetzt sind, muss verstärkt in das Bewusstsein der Strafverfolger und insbesondere der Gerichte dringen.

Für die gerichtliche Bearbeitung sollte im ersten Fall durch entsprechende Antragstellung der Staatsanwaltschaft vorzugsweise das beschleunigte Verfahren gemäß Paragraf 417 ff Strafprozessord-

nung (StPO) gewählt werden, da in der Regel eine klare Beweislage gegeben und keine ein Jahr Freiheitsstrafe übersteigende Strafe – auch bei mehreren Taten – zu erwarten sein dürfte.

Die Ahndung häuslicher Gewalt und von Verstößen gegen gerichtliche Anordnungen (Paragraf 4 GewSchG) muss der „Tat auf dem Fuß folgen“, dadurch verschafft sich der Rechtsstaat Respekt.

Häusliche Gewalt ist – auch wenn sich die Gewalt physisch nicht gegen Kinder richtet – regelmäßig Kindeswohlgefährdung. Bereits das Miterleben der Gewalt führt bei Kindern zu schweren seelischen Deformationen. Ich wünsche mir eine stärkere Sensibilisierung und verbesserte Schulung der Jugendämter und der Familiengerichte speziell zu dieser Problematik.

**DP: Danke für das Gespräch, Herr Blanke.**

## GESPRÄCHE

### GdP-Vorstand in SPD-Präsidium

**Die innere Sicherheit in Deutschland und die aktuelle Kriminalitätslage standen im Mittelpunkt eines Gesprächs des SPD-Präsidiums mit dem Geschäftsführenden Bundesvorstand der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Ende September in Berlin. Der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow sagte nach dem Treffen im Willy-Brandt-Haus, der radikale Personalabbau, der damit einhergehende Rückzug der Polizei aus der Fläche, die immer geringere Präsenz auf der Straße und auch eine personell geschwächte Justiz hätten mit dazu beigetragen, dass die Bürgerinnen und Bürger deutlich weniger Vertrauen in ihren Staat haben.**

Die nach wie vor große Anzahl von Einbruchdelikten in der gesamten Bundesrepublik sowie die terroristischen Gewalttaten in diesem Sommer hätten das Thema Innere Sicherheit bei den politisch Verantwortlichen nach vielen Jahren wieder auf die Tagesordnung gerückt. Die objektive Sicherheitslage und das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung seien wieder ein politisches Thema geworden, betonte Malchow weiter. Die GdP verfolge dabei weiterhin einen klaren Kurs: „Die erkannten Mängel im Bereich der Polizei und der weiteren Sicherheitsbehörden müssen schnellstmöglich behoben werden. Die individuelle Freiheit der Bürgerinnen und Bürger darf nicht unzulässig weit eingeschränkt werden. Der Rechts-

staat steht nicht zur Disposition“, erklärte der GdP-Bundesvorsitzende, der zusammen mit dem stellvertretenden Bundesvorsitzenden und Vorsitzenden des Landesbezirks Nordrhein-Westfalen Arnold Plickert an der SPD-Sitzung teilnahm.

Die GdP dringt auf eine verstärkte Einstellung von Ermittlungsbeamten. Dies sei nötig, um die notwendige Kriminalitätsbekämpfung und Ermittlungsarbeit wirkungsvoll bewältigen zu können, sagte Malchow nach dem Treffen mit der SPD der Deutschen Presse-Agentur. Das Sicherheitsgefühl der Menschen werde nicht nur von Terrorakten negativ beeinflusst. „Wenn die Bevölkerung die Überzeugung entwickelt, dass Wohnungsein-

brüche, Fahrraddiebstähle oder Sachbeschädigungen offenbar ungeahndet bleiben, weil schlicht kein Personal mehr da ist, welches auch solche Fälle überhaupt bearbeitet, ist der Rechtsstaat in Gefahr.“

### Übermäßige Einstellung von Strafverfahren

Zugleich verwies Malchow darauf, dass die Motivation vieler Polizeibeamtinnen und -beamten erheblich unter dem Eindruck einer übermäßigen Einstellung der Strafverfahren durch die Justiz leide. „Die Verfahrenseinstellung ist statistisch gesehen die Regelentscheidung der Staatsanwaltschaft. In Deutschland werden rund 63 Prozent der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren endgültig eingestellt, und zwar 32 Prozent, weil die Tat nicht nachweisbar war, 27 Prozent aus Opportunitätsgründen ohne Auflagen und weitere 5 Prozent mit Auflagen. Dabei sind erhebliche Unterschiede in den Ausprägungen für einige Länder sichtbar“, sagte der GdP-Bundesvorsitzende. Die GdP fordert eine fachliche Auseinandersetzung über die Ursachen und Folgen der Einstellungen von Ermittlungsverfahren und eine Überprüfung der Wirkungsweise der gesetzlichen Strafen. **wsd**



# ... das Bundesschiedsgericht?

*Sind Konflikte im Miteinander festgefahren, so tut man gut daran, jemanden ins Boot zu setzen, der neutral und auf sachlicher Grundlage versucht, den Karren aus dem Matsch zu ziehen. Noch besser ist, wenn die streitenden Parteien sich zumindest darin einig sind, die Entscheidung der unparteiischen Instanz schließlich zu respektieren. So haben die Delegierten des vergangenen Bundeskongresses der Gewerkschaft der Polizei (GdP) gedacht, als sie das Bundesschiedsgericht in die Satzung der GdP eingebaut haben. Nun hat das neue Gremium Halbzeit und nach den Worten des vorsitzenden Bundesschiedsrichters Gerhard Remmet auch gut zu tun. Mit ihm sprach DP-Redakteur Michael Zielasko.*

**DEUTSCHE POLIZEI (DP): Lieber Kollege Remmet, als höchster Schiedsrichter der GdP bist Du mit Deinen Kolleginnen und Kollegen rund zwei Jahre im Amt. Wie fällt Dein Fazit aus?**

**Gerhard Remmet:** Ich spreche hier natürlich für alle Angehörigen des Bundesschiedsgerichts. Die Masse der Fälle, die an unser Gremium herangetragen wurden, hat uns schon überrascht. Wir haben gerade mal Halbzeit

zwischen den Bundeskongressen, und es waren am Bundesschiedsgericht bereits fünf Satzungsstreitverfahren und drei Berufungen in Ordnungsverfahren der Bezirke beziehungsweise Landesbezirke anhängig.

**DP: Wie läuft denn üblicherweise ein Treffen des Bundesschiedsgerichts ab, eher routiniert oder abwechslungsreich?**

**Remmet:** Nun, unsere Treffen oder

besser gesagt Kontakte sind allein schon durch die unterschiedlichen Satzungssachverhalte sehr interessant. Bis auf die administrativen Abläufe kommt jedenfalls Routine nicht weiter auf. Jeder einzelne Sachverhalt erfordert unterschiedliche Betrachtungsweisen. Neben den Treffen, also den Verhandlungen am Sitz des Bundesschiedsgerichts in Berlin, verlaufen die Kontakte weitgehend schriftlich und telefonisch.

**DP: Wie leicht fällt es Dir persönlich, Entscheidungen zu treffen?**

**Remmet:** Das Bundesschiedsgericht versucht ja als gewerkschaftliches Gremium immer, und zwar unter strikter Beachtung unserer satzungsmäßigen Regelungen, den Sachverhalt im Einvernehmen der Parteien zu lösen. Und erst, wenn sich hierfür keine Möglichkeit mehr abzeichnet, legen wir durch Entscheidungen den Rechtsstreit bei. Diese gefallen naturgemäß nicht jedem Beteiligten, aber

Anzeige

## Zentrum für Informationssicherheit

**CAk** Cyber Akademie

SEMINAR: 12. Dezember 2016, Berlin

### IT-Sicherheit und Datenschutz – Neue Gesetzesvorgaben und ihre Auswirkungen auf die IT-Vergabe

Das Seminar stellt die Grundzüge regulatorischer Neuerungen mit ihren Auswirkungen auf die IT-Vergaben vor. Die Teilnehmer erhalten praktische Hinweise für Ihre Vergabepaxis.

Die Schulung richtet sich gezielt an Einkäufer und Beschaffer, Führungskräfte mit Einkaufsverantwortung, Behördliche Datenschutzbeauftragte und IT-Sicherheitsbeauftragte, IT-Leiter und Mitarbeiter von IT-Abteilungen.

#### SEMINARINHALTE:

- IT-Sicherheit und Datenschutz im Vergaberecht
- IT-Sicherheit und Datenschutz in den EVB-IT
- Anforderungen an IT-Vergaben nach dem IT-Sicherheitsgesetz und der NIS-Richtlinie
- Anforderungen an IT-Vergaben aus der EU-DSGVO
- Praktische Umsetzung im Vergabeverfahren und in IT-Verträgen



Die GdP ist  
Partner der CAk



Weitere Informationen zu diesen und anderen Seminaren unter: [www.cyber-akademie.de](http://www.cyber-akademie.de)



meine Kollegin und mein Kollege vom Bundesschiedsgericht haben sich dieser Aufgabe gestellt und entscheiden dann soweit erforderlich auch. Persönlich zögere ich keine Entscheidungen lange heraus, aber im Bundesschiedsgericht geht es nur um das Abwägen von Sachverhalten.

### DP: Wie kontrovers laufen die Debatten im Gremium ab?

**Remmet:** Das Bundesschiedsgericht ist zurzeit so besetzt, dass möglichst viele gewerkschaftliche Gesichtspunkte und auch Satzungsauslegungen zusammentreffen. Wir haben als weibliche Vertreterin Elisabeth Schulte vom Landesbezirk Nordrhein-Westfalen, die durch die Vielzahl der gewerkschaftlichen Funktionen, die sich in ihrer persönlichen Vita wiederfinden, eine andere Perspektive hat als Professor Michael Knappe, der heute an der Polizeischule in Berlin Rechtsfächer doziert, und in seiner polizeilichen Laufbahn unter anderem größere Dienststellen geleitet hat. Dieses Duo wird durch mich ergänzt, also jemanden, der 16 Jahre in gewerkschaftlichen Kontrollgremien tätig war und somit fortlaufend mit Satzungsfragen und ihrer Entwicklung an sich beschäftigt war. Aus diesen unterschiedlichen Charakteren ergeben sich geradezu zwangsläufig unterschiedliche Sichtweisen zu einzelnen Sachverhalten, die durchaus kontrovers, aber stets an der Sache orientiert, diskutiert werden, und auch so diskutiert werden müssen.

### DP: Ein Vergleich zum Fußball: Gelbe oder rote Karten benötigt ihr für Eure Arbeit sicherlich nicht, oder?

**Remmet:** Ein Vergleich verbietet sich ja schon deshalb, weil es sich hier nicht um ein Spiel handelt. Das Bundesschiedsgericht ist immer bemüht, Möglichkeiten für eine Einigung der Parteien zu finden. Wenn dies nicht gelingt, ist es durchaus auch möglich, dass das Gremium – wenn man so will, wie eine rote Karte – satzungswidrig gefasste Beschlüsse wieder aufhebt oder Mitgliedern als Ergebnis eines Ordnungsverfahrens das Ende ihre Mitgliedschaft in unserer GdP als Konsequenz für ihr Verhalten verkünden muss.

### DP: Zu einem ordentlichen Gericht gehört ja auch eine Verhandlung. Ist das beim GdP-Bundesschiedsgericht auch so?

**Remmet:** Unsere Schiedsordnung lässt auch das rein schriftliche Ver-



*Mit ruhiger Hand und Ausgewogenheit agiert das Bundesschiedsgericht der Gewerkschaft der Polizei (GdP). (v.r.): die stellvertretende Vorsitzende Elisabeth Schulte, Gerhard Remmet (Vorsitzender) und Beisitzer Professor Michael Knappe. Foto: Zielasko*

fahren zu, aber in der Regel verhandelt das Bundesschiedsgericht in einer mündlichen Verhandlung am Berliner Standort des Gremiums; allein schon um auch eine mögliche gütliche Einigung ergründen zu können.

### DP: Wenn Ihr eine Entscheidung getroffen habt, ist diese dann noch anfechtbar?

**Remmet:** Gemäß unserer Schiedsordnung entscheidet das Bundesschiedsgericht abschließend. Das bedeutet: Der gewerkschaftliche Rechtsweg ist damit abgeschlossen. Satzungsrechtliche Auslegungen des Gremiums sind somit auch für die Organisation gültig und bindend. Selbstverständlich kann in der Sache selbst auch vor einem Zivilgericht geklagt werden.

### DP: Wie schätzt Du den Stellenwert dieses Gremiums für die Gesamtorganisation ein? Oder ist das Schiedsgericht nur noch ein bisschen Bürokratie mehr?

**Remmet:** Ich bin überzeugt, es war ein guter Schritt des Bundeskongresses, eine Schiedsgerichtsbarkeit in der GdP einzuführen. Mit Sicherheit bedeutet es weniger Aufwand bei Berufungen von Ordnungsverfahren, die vorher vom GdP-Bundesvorstand in seiner Gänze durchgeführt werden mussten. Auch sind die Parteien im alten Verfahren sehr verwirrt gewesen. So eine richtige „Gewaltenteilung“ fand da nicht statt. Ein Landesbezirksvorstand initiierte ein Ordnungsverfahren gegen ein Mitglied, war also die anzeigende Partei. Der gleiche Landesbezirksvorstand entschied dann in dem Ordnungsverfahren, war also auch Richter. Bei einem Berufungs-

verfahren saß der zuvor schon beteiligte Landesbezirksvorsitzende als Teil des Bundesvorstandes wieder mit am Tisch und hat mitentschieden. Dies ist mit den Schiedsgerichten weitaus gerechter, neutraler und damit besser gelöst.

### DP: Wie wird die Neutralität des Gremiums gewährleistet?

**Remmet:** Das Bundesschiedsgericht ist unabhängig, da die Mitglieder keinem anderen Gremium in einer Wahlfunktion angehören. Des Weiteren bestehen wir aus den drei gewählten Mitgliedern des Bundesschiedsgerichts und drei weiteren Stellvertretern. Jede Partei kann in einem Verfahren gegen einzelne Mitglieder des Bundesschiedsgerichts einen Befangenheitsantrag stellen. Bei zustimmender Prüfung wird dann das betroffene Mitglied des Bundesschiedsgerichts durch ein Ersatzmitglied ersetzt.

### DP: Wer bestimmt eigentlich, wer Mitglied des Bundesschiedsgerichts wird, und wie lange dauert die Amtszeit?

**Remmet:** Nach gemäß Paragraph 14 (2) unserer Satzung ist es Aufgabe des Bundeskongresses, die Mitglieder des Bundesschiedsgerichts sowie deren Stellvertreter zu wählen. Hierzu werden wie zu den anderen Wahlen personelle Vorschläge durch die Delegierten oder den Bundesvorstand eingereicht. Daraus ergibt sich auch gleichzeitig die Amtszeit, jeweils von Kongress zu Kongress, also vier Jahre.

### DP: Lieber Kollege Remmet, vielen Dank für das Gespräch.



# Meinungsaustausch: Gewerkschafter trafen auf Parlamentarier und Presse

**Mangelnder Respekt vor der Polizei, schwindende Autorität des Staates, zunehmende Aggressivität und Gewaltbereitschaft gegenüber Vertretern öffentlicher Behörden und Einrichtungen: Diese beunruhigenden Entwicklungen beobachtet die Gewerkschaft der Polizei (GdP) nicht erst seit gestern. Das Thema brennt vielen Kolleginnen und Kollegen auf den Nägeln, worauf zahlreiche Leserzuschriften zu der Titelgeschichte der September-Ausgabe DEUTSCHE POLIZEI (DP) „Autorität Reloaded“ hindeuteten. Für die GdP war dies Grund genug, Ende September außerhalb des politischen Tagesgeschäfts mit Abgeordneten aus den Innen- und Rechtsausschüssen des Deutschen Bundestages sowie Vertretern der Presse Lage und Lösungen intensiv zu erörtern. Der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow freute sich, auch Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière unter den Gästen zu begrüßen.**

Rund 40 Gäste fanden sich zum traditionellen Parlamentarischen Abend der Gewerkschaft der Polizei in einer Berliner Lokalität ein. Die Autorin des DP-September-Titels Dr. Susanne vom Hau heizte mit ihrem Thesen-Referat zu Autorität und Respekt gegenüber der Polizei einen intensiven Meinungsaustausch an.

## Angriffe auf unseren Rechtsstaat – von rechts und links

Zuvor hatte GdP-Chef Malchow gegenüber den Gästen die große Sorge seiner Organisation über die weiterhin hohe Zahl von Angriffen auf Asylunterkünfte, Schutzsuchende, aber auch Politiker angesprochen. Diese häufig dem rechtsradikalen und -extremistischen Lager zugerechneten Straftaten seien „Angriffe auf unseren Rechtsstaat, auf unsere Werte und unsere demokratischen Grundsätze“. Nicht hinnehmbar sei ebenso, dass sich linksextremistische Gruppierungen dazu aufschwängen, ihre erklärten Feinde von Rechtsaußen sowie nicht zuletzt die Polizei mit

massiver Gewalt zu attackieren. Auch diese Gruppen ignorierten bewusst den Rechtsstaat und rechtfertigten „dieses kriminelle Handeln ideologisch, fern unseres Rechtsstaates“.

## Weiter nah am Bürger sein

„Polizisten erleben fast regelmäßig, dass selbst einfache Vollzugsmaßnahmen wie Personalienfeststellungen durch sich blitzschnell versammelnde Gruppen Nichtbeteiligter massiv behindert werden. Es ist der hohen Professionalität und der guten Ausbildung von Polizisten geschuldet, dass nicht häufiger von der Schusswaffen gebraucht wird.“

Es gebe im Übrigen zahlreiche Einsätze mehr, in denen Beamte hätten schießen dürfen, die Kollegen aber durch Abwarten oder Abwägen deeskalieren konnten. Malchow bekräftigte unterdessen die GdP-Haltung zu einer Polizei, die weiterhin dem Bürger nahe sein solle. **mzo**



**Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière, umgeben von Parteifreund Torsten Hoffmann (r.) MdB (CDU) und dem GdP-Bundesvorsitzenden Oliver Malchow. Links im Bild: Bundestagspraktikant Nory Noman. Foto: GdP/Hagen Immel**



## GESPRÄCHE



*Illustre Gesellschaft beim Parlamentarischen GdP-Abend.*



*(v.l.) Dr. Eva Högel MdB (SPD), ZDF-Journalistin Bettina Warken, Wolfgang Lohmann, Inspekteur der Bereitschaftspolizeien der Länder, Stephan Mayer MdB (CSU), Ansgar Heveling MdB (CDU), Sprecher des Bundestagsinnenausschusses, und Clemens Murr, Mitglied des Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstands.*



*Elke Gündner-Ede (l.), Mitglied des Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstandes mit Kathrin Rösel MdB (CDU).*



*Dr. Johannes Fechner MdB (l.) und Uli Götsch MdB (beide SPD) im Gespräch mit GdP-Chef Oliver Malchow (r.).  
Fotos (5): GdP/Hagen Immel*



*DP-Autorin Dr. Susanne vom Hau mit Thesen zu Respekt und Autorität.*



## GESPRÄCHE



*Nicht alles ist immer einfach, wissen sowohl Berlins Polizeipräsident Klaus Kandt (r.) als auch GdP-Chef Oliver Malchow.*



*(v.r.) Norbert Spinrath MdB (SPD), Dr. Eva Högel MdB (SPD), Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière, Kathrin Rösel MdB (CDU) und GdP-GBV-Mitglied Elke Gündner-Ede (l.).*



*(v.l.) Hans-Wilhelm Dünn, Generalsekretär des Cyber-Sicherheitsrats Deutschland e.V., Jörg Radek, stellvertretender GdP-Bundesvorsitzender, und R. Uwe Proll, Chefredakteur des „Behörden Spiegel“.*



*Norbert Spinrath, ehemals GdP-Bundesvorsitzender und jetzt in seiner ersten Amtszeit Bundestagsabgeordneter für die SPD, mit Kurt Bodewig (r.), Präsident der Deutschen Verkehrswacht e. V.*

*Bernd Palenda, Berliner Verfassungsschutzchef (m.), am Tisch mit Wolfgang Lohmann, Inspekteur der Bereitschaftspolizeien der Länder, ZDF-Journalistin Bettina Warken und GdP-Vorstand Clemens Murr.  
Fotos (5): GdP/Hagen Immel*



## GESPRÄCHE



*Unter Kollegen: Jörg Radek, stellvertretender GdP-Bundesvorsitzender, und DGB-Bundesvorstandssekretär Klaus Beck (r.).  
Fotos (5): GdP/Hagen Immel*



*Stephan Mayer MdB (CSU) im Dialog mit seinem bayerischen Landsmann Clemens Murr (r.), Mitglied des Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstandes.*



*Intensive Tischgespräche: Kai Wegner MdB (DCU) und Clemens Murr, diskutieren mit TV-Journalistin Bettina Warken.*



*GdP-Gäste: Barbara Woltmann MdB (CDU) und links, Erika Steinbach MdB (CDU).*



*Berlins Polizeipräsident Klaus Kantt im Gespräch mit dem Vize-Präsidenten der Bundespolizei, Jürgen Schubert (r.).*



# Dem Rassismus entgegentreten

**„Bei uns auf der Wache gibt es keine Probleme mit Rassismus und Diskriminierung. Unsere Arbeit ist sehr strukturiert, es ist einfach nicht möglich, dass solche Probleme auftreten.“ Solche Feststellungen kommen oft vor, nicht nur bei der Polizei. Das Problem mit Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung besteht allerdings darin, dass man sie nicht unbedingt sehen muss. Zum Teil werden Rassismus und Diskriminierung nicht als solche wahrgenommen, zum Teil passieren sie versteckt und die Opfer melden sich nicht.**

Beispielsweise können herkunftsbezogene Witze unter Beschäftigten gut ankommen, auch die Betroffenen lachen mit. Dann ist alles doch in Ordnung – es gibt hier keinen Rassismus, alle fühlen sich doch gut, lachen, haben Spaß, das Betriebsklima ist perfekt. Ist es wirklich so? Was soll die betroffene Kollegin oder der betroffene Kollege sagen? Sie ordnen sich unter, um aus der Gruppe nicht ausgeschlossen zu werden, um dazuzugehören oder um keine Konflikte zu haben. Das gute Betriebsklima soll ja nicht gestört werden. Nein, das Betriebsklima ist nicht gut, es ist zerstört, nicht alle fühlen sich gut. Man kann nichts stören, was schon gestört ist.

**S**elbstverständlich sind nicht alle Personen, die einen rassistischen Witz erzählt haben gleich Rassisten, manchen Kolleginnen und Kollegen fehlt es an Sensibilisierung, und sie wollen einfach lustig sein. Aber wenn herkunftsbezogene Witze nicht angemahnt und ignoriert werden, kommt es zur Legitimation der Unterschiede, oder anders gesagt: Rassismus und Diskriminierung finden

langsam ihren Einzug in den Arbeitsalltag und werden als normal empfunden. Manche Kollegin oder mancher Kollege kann sich dadurch ermutigt fühlen, die Toilettentür mit fremdenfeindlichen Sprüchen zu beschmieren oder durch ein entsprechendes Verhalten die eigene herkunftsbezogene Überlegenheit zu zeigen. Dabei gilt: Fremdenfeindlichkeit und Rassismus können sowohl von Personen ohne als auch mit Migrationshintergrund ausgehen.

## Ein auf Respekt und Akzeptanz basierendes Betriebsklima

Die hier als Beispiel aufgeführten herkunftsbezogenen Witze sind eine vergleichsweise harmlose Form von Rassismus und Diskriminierung am Arbeitsplatz, auch wenn sie, je nach Sensibilität der betroffenen Personen, eine sehr negative Wirkung haben können. Fremdenfeindliches und diskriminierendes Verhalten reichen vom Beschmieren der Spinte, über rechte Stammtischparolen am Arbeitsplatz, Beleidigungen bis zu Übergriffen.

Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung können unter den Beschäftigten vorkommen sowie auch von Vorgesetzten und „Kunden“ ausgehen. Im letzten Fall sind die Polizistinnen und Polizisten in zweifacher Hinsicht betroffen. Sie können auf der einen Seite selber Fremdenfeindlichkeit erfahren, sich auf der anderen Seite fremdenfeindlich verhalten. Dazu kommen die strukturellen Formen von Diskriminierung am Arbeitsplatz wie ungleiche Zugangschancen zum Ausbildungsplatz, ausschließende Organisationsroutinen et cetera, die darauf zielen, bestimmte Personen wegen ihrer ethnischen Herkunft, Rasse oder Religion von bestimmten Stellen, Fortbildungen oder Aufgaben fernzuhalten.



**D**ie Gewerkschaftsmitglieder unter den Polizistinnen und Polizisten sowie die Personalräte haben viele Möglichkeiten, sich wirksam gegen Rassismus und Diskriminierung am Arbeitsplatz einzusetzen. Die wichtigste Aufgabe ist es, ein auf Respekt und Akzeptanz basierendes Betriebsklima zu schaffen: Alle Menschen sind gleichwertig, unsere Gesellschaft ist vielfältig und daher gehört auch Vielfalt auf der Wache zur Normalität, Kollegen und Kolleginnen mit Migrationshinter-

Anzeige



Habichtswald-Klinik • Wigandstr. 1 • 34131 Kassel • [www.habichtswaldklinik.de](http://www.habichtswaldklinik.de) • [info@habichtswaldklinik.de](mailto:info@habichtswaldklinik.de)

## Wir helfen denen, die helfen...

### Habichtswald-Klinik

Fachklinik für Psychosomatik, Onkologie und Innere Medizin Kassel - Bad Wilhelmshöhe. In Mitten Deutschlands am Fuße des größten Bergparks Europas mit Herkules und Schloss Wilhelmshöhe sowie in direkter Nachbarschaft zu einer der schönsten Thermen liegt die Habichtswald-Klinik.

Unser Behandlungskonzept ist ganzheitlich und geht davon aus, dass sich Körper, Seele und Geist wechselseitig beeinflussen. Entsprechend stimmen wir unsere Therapien individuell auf Ihre Bedürfnisse ab und bieten Ihnen Gespräche, Körper- und Gestalttherapien, Entspannungsverfahren, Stressmanagement, Imagination, Meditation und sportliche Aktivitäten an.

Wir unterstützen Sie dabei wieder Zugang zu Ihren Fähigkeiten, Stärken und Ressourcen zu finden und diese für Ihren Heilungsprozess nutzbar zu machen.

Kostenträger:  
Private Krankenversicherer, Beihilfe, Polizei, Bundeswehr, Krankenkassen

Spezielle Behandlungskonzepte für

- Burn-out Symptomatik
- Tinnitus-Schwindel und Lärmschäden
- Depressive Erschöpfung
- Angstsymptomatik
- Traumafolgestörung
- Onkologische und internistische Erkrankungen

Kostenloses Service-Telefon: 0800 890 110 Telefon Aufnahmebüro: 0561 3108-186, -622





Foto: Junge Gruppe NRW

Personalrats wahrgenommen wird. Die Personalratsmitglieder, die sich mit dem Thema zum Beispiel bei Personalversammlungen befassen möchten, werden als Exoten wahrgenommen, die sich nicht den wirklich wichtigen Themen der Beschäftigten widmen. Hier müssen sowohl die Beschäftigten als auch die Personalräte dafür sensibilisiert werden, dass der Schutz vor Diskriminierung zu ihren allgemeinen Aufgaben wie die Bewachung der Urlaubsplanung und der Schichtenteilung gehören. Dazu kommen Rollen- und Interessenkonflikte, mit denen die Personalratsmitglieder konfrontiert werden. So werden sich beispielsweise Personalratsmitglieder mit Migrationshintergrund zweimal überlegen, ob sie einer rassistischen Beschwerde nachgehen, um nicht als Vertreterin oder Vertreter einer bestimmten Gruppe wahrgenommen zu werden.

**Der Kumpelverein wurde 1986 von der DGB Jugend als dauerhaftes Engagement der Gewerkschaften für Gleichbehandlung, gegen Rassismus und Rechtsextremismus gegründet. Er unterstützt die Aktivitäten der Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräte sowie Jugend- und Ausbildungsververtretungen auf diesem Feld, führt sie zusammen und stellt sie unter ein gemeinsames, starkes Symbol – die Gelbe Hand.**

hängt jedoch im Wesentlichen von den Beschäftigten selbst ab. So stellen die organisierten Kolleginnen und Kollegen das Rückgrat im Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung in der Wache. Sie sind diejenigen, die Plakate der Gewerkschaft der Polizei für Vielfalt und Akzeptanz am Arbeitsplatz aufhängen und diejenigen, die gegen argumentieren, wenn rechtspopulistische Sprüche eine lebhaftere Runde machen. Sicher setzt der Arbeitsplatz Grenzen für das Engagement. Die Gewerkschaft dagegen eröffnet viele Möglichkeiten, ein klares Zeichen als Polizistin und als Polizist zu setzen. Als Beispiel kann hier die bundesweite Kampagne „Kein Platz für Rassismus – Gegen Hass und Gewalt!“ des GdP-Bezirks Bundespolizei dienen, die gestartet wurde, um gegen Hass und Gewalt ein Zeichen zu setzen und auf die schwierige Lage der Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, aufmerksam zu machen.

**Dr. Klaudia Tietze, Geschäftsführerin des Vereins Mach meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.**

*Hinweis der Redaktion: Die Feier zum 30-jährigen Jubiläum des Vereins findet am 11. November in Berlin statt. Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig und der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann werden die Festreden halten. An die Jubiläumsveranstaltung schließt sich am 12. und 13. November die alljährliche Herbsttagung des Kumpelvereins an. In diesem Jahr steht sie unter dem Motto „Flüchtlinge schützen. Rassismus entgegentreten“.*



Bundesweite Kampagne „Kein Platz für Rassismus – Gegen Hass und Gewalt!“ des GdP-Bezirks Bundespolizei: Mit dabei Jörg Radek (Bildmitte), Vorsitzender des GdP-Bezirks.

Foto: Mario Gotschalk

grund sind Teil des Teams und sollen auch in allen Dienstebenen und Entgeltgruppen vertreten sein. Bei Diskriminierung und Rassismus darf nicht weggeschaut werden.

### Antidiskriminierungsarbeit Teil der Personalratsarbeit

Es ist vor allem wichtig, die Antidiskriminierungsarbeit als Teil der allgemeinen Personalratsarbeit zu etablieren. Bereits an dieser Stelle ergeben sich große Schwierigkeiten, weil der Schutz vor Fremdenfeindlichkeit und Rassismus als eine Hobby-Aufgabe eines

Mit der Sensibilisierung und Wissensvermittlung durch entsprechende Bildungsseminare und auch durch die alltägliche Arbeit der Gewerkschaftssekretäre (vorausgesetzt, dass sie selber sensibilisiert sind) kann der erste Schritt geleistet werden. Dies erweist sich in der Realität als äußerst schwierig, da die entsprechenden Seminare nicht gut oder gar nicht besucht werden. Hier bietet sich an, in die allgemeinen Qualifizierungsseminare für Personalräte die Verhinderung und Beseitigung von Diskriminierung und Rassismus aufzunehmen.

Das entsprechende Betriebsklima



# forum kriminal- prävention



www.forum-kriminalpraevention.de

Zeitschrift der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention



Buchtipps  
Neues aus der Wissenschaft  
Gewalt an Schulen  
Jugenddelinquenz  
Erziehung und Pädagogik  
Kommunale Prävention  
Einbruchsprävention  
Sicherheitstechnik  
Prävention in Europa  
Evaluation

Aktuelle Präventionsthemen für Sie beleuchtet –  
**forum kriminalprävention** für nur

**19,-€**  
jährlich,  
zzgl. Versandkosten

Bitte senden Sie mir die Fachzeitschrift „forum kriminalprävention“ zum Jahresabonnementspreis von 19,- € inkl. MwSt. zzgl. 5,- € Versandkosten zu. Erscheinungsweise: 4 Ausgaben/Jahr



Bestellen  
Sie heute

Ihr Abonnement

**forum kriminal-  
prävention** um besser

informiert zu sein.  
Als Dankeschön für Ihre  
Bestellung erhalten Sie diese  
LED-Lampe für Ihren  
Schlüsselbund, die Sie auf  
jeden Fall behalten dürfen.  
Weitere Informationen über  
die Zeitschrift und die  
Stiftung erhalten Sie auf  
**www.vdpolizei.de**  
(auch online-Bestellungen)

Name, Vorname

Firma, Abteilung

Straße/Hausnummer

Plz, Ort

Telefon/Telefax

E-Mail

Datum, Ort

1. Unterschrift

**Vertrauensgarantie:** Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb der folgenden zwei Wochen schriftlich beim VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH, Anzeigenverwaltung, Forststr. 3a, 40721 Hilden, widerrufen kann und bestätige dies durch meine zweite Unterschrift. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung.

Datum, Ort

2. Unterschrift



**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH**  
Anzeigenverwaltung

Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei

Forststraße 3a · 40721 Hilden

Telefon 0211 7104-188 · Telefax 0211 7104-4188

www.VDPolizei.de

Die Fachzeitschrift „forum kriminalprävention“ erscheint 4 x jährlich (März, Juni, September, Dezember). „forum kriminalprävention“ erscheint beim VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Anzeigenverwaltung und wird von dort als Jahresabonnement bezogen. Das Abonnement bezieht sich auf ein volles Kalender-jahr und verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis 30.06. zum Jahresende eine Kündigung erfolgt. Der Abo-Jahres-Preis beträgt 19,- € inkl. MwSt. zzgl. 5,- € Versandkosten. Einzelheftpreis: 5,- € inkl. MwSt. zzgl. Versandkosten.

# „Was vor 50 Jahren auf den Nägeln brannte, ist noch heute aktuell“

**Seit fünf Jahrzehnten zeichnet sich die JUNGE GRUPPE der Gewerkschaft der Polizei (GdP) durch eine engagierte und jugendfördernde Arbeit aus, die zugleich kritisch die gesellschaftlichen Entwicklungen innerhalb der Polizei und darüber hinaus begleitet. Rückblickend und zugleich vorwärtsgerichtet versammelten sich Mitte Oktober rund 150 GdP-Mitglieder, darunter viele ehemalige Bundesjugendvorsitzende, und Gäste in Berlin anlässlich des 50-jährigen Bestehens der Jugendorganisation. 1966 hatte sich eine noch recht junge Gewerkschaft der Polizei entschieden, dem Wunsch der Landesbezirke Nordrhein-Westfalen und Berlin nach einer Vermittlung zwischen Alt und Jung zu entsprechen und die Schaffung einer „jungen aktiven Gruppe“ voranzutreiben.**



**Die Retrospektive über 50 Jahre JUNGE GRUPPE (GdP) in DEUTSCHE POLIZEI von Gerd Diefenthaler hatte es ihm angetan: GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow empfiehlt die Lektüre den 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Foto: GdP/Hagen Himmel**

der. Zusammen mit dem damaligen Bundesjugendleiter, Karl Herfurt, legte er den Grundstein für eine Jugendorganisation innerhalb der GdP. „Ihnen gilt mein besonderer Dank. Ohne ihren Einsatz würden wir heute nicht dieses Jubiläum begehen“, sagte der Bundesvorsitzende im Beisein der Mitglieder des Geschäftsführenden Bundesvorstandes Jörg Radek, Arnold Plickert,

Dietmar Schillf, Jörg Bruchmüller, Elke Gündner-Ede, Rüdiger Seidenspinner und Clemens Murr sowie zahlreicher Mitglieder des GdP-Bundesvorstandes.

## Die Dinge zum Besseren wenden

„Die JUNGE GRUPPE ist ein Teil unserer Geschichte und etwas, auf das wir zu Recht stolz sein dürfen. Sie ist das Sprachrohr, das Euch über die Organisation hinaus Gehör verschafft. Die Gewerkschaft der Polizei gibt uns die Möglichkeit, gemeinsam

auf die Arbeits- und Lebensbedingungen von Polizeibeschäftigten Einfluss zu nehmen und die Dinge zum Besseren zu wenden“, resümierte Malchow. Daran habe sich seit ihrer Gründung nichts geändert. Das gewerkschaftliche Miteinander sei und bleibe ein permanenter Prozess. Der GdP-Bundesvorsitzende appellierte: „Es ist Eure Aufgabe und Chance, diesen mitzugestalten.“

Die Anforderungen an den Polizeiberuf seien in den vergangenen Jahren erheblich gestiegen. Die Aufgabenvielfalt sei inzwischen enorm. All das müsse sich in der Qualität der polizeilichen Ausbildung und Ausstattung, aber auch in der Besoldung wiederfinden. „Es gibt also eine Menge zu tun. Ein rigoroser Sparwahn und ein damit einhergehender stetiger Personalabbau in den letzten Jahren sowie zunehmende Gewalterfahrungen im polizeilichen Alltag stellen uns vor große Herausforderungen, die wir nur gemeinsam bewältigen können“, sagte Malchow. Mitten hinein in die Festveranstaltung, und wie um die Worte des GdP-Vorsitzenden zu bestätigen, platzte die Nachricht von den Schüssen eines sogenannten Reichsbürgers auf vier Kollegen eines Spezialeinsatzkommandos (SEK) aus Georgensgmünd in Bayern. Der mutmaßliche Täter war als Jäger im Besitz von 31 Lang- und Kurz Waffen. Von den Behörden war er nicht mehr als zuverlässig eingestuft und sein Jagdschein sowie seine Waffenbesitzkarte als ungültig erklärt worden. Als das SEK die Waffen sicherstellen wollte, schoss der 49-Jährige sofort auf die Kollegen. Zwei von ihnen wurden leicht verletzt, einer schwer. Ein vierter Kollege erlitt lebensgefährliche Verletzungen, denen er wenige Stunden später erlag. (Siehe auch Seite 1 dieser Ausgabe: GdP trauert um getöteten Kollegen).

„Das blutige Ereignis ist ein weiterer schockierender Höhepunkt der Gewalt gegen Polizeibeamte im täglichen Dienst in Deutschland“, sagte der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow am Rande der Veranstaltung. Die jungen Polizistinnen und Polizisten reagierten entsetzt auf die Bluttat gegen ihre Kollegen. Die GdP-Bundesju-

**D**er GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow dankte zu Beginn der zweitägigen Veranstaltung ausdrücklich allen Polizei-Gewerkschaftern, die in den vergangenen Jahren bereit waren, Verantwortung zu übernehmen oder sich heute innerhalb der JUNGEN GRUPPE engagieren. „50 Jahre alt und doch immer jung geblieben. Das können nicht viele von sich behaupten, Ihr allerdings schon“, betonte Malchow und erinnerte an die Anfänge der Jugendorganisation. Horst Geier war ihr erster Vorsitzen-





**Gewalt gegen Polizei, mangelnde politische Unterstützung – Themen, die vor 50 Jahren auf den Nägeln brannten, seien heute noch aktuell, sagt Bundesjugendvorsitzender Kevin Komolka.**

gendorganisation hatte im Januar die Aktion „AUCH MENSCH“ gestartet, mit der auf die zunehmenden, massiven Angriffe auf Polizisten hierzulande aufmerksam gemacht wird.

### Engagement für Perspektiven junger Polizisten gewürdigt

Die Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Caren Marks MdB, hob hervor, dass sich die JUNGE GRUPPE (GdP) erfolgreich für die besonderen Belange und Perspektiven junger Polizistinnen und Polizisten engagiere. „Als Jugend-

organisation ist sie Sprachrohr und Interessenvertretung innerhalb der Polizei, aber auch gegenüber Staat und Gesellschaft. Sie unterstützt demokratische Willens- und Meinungsbildungsprozesse, solidarisches Miteinander innerhalb der Gewerkschaft, die Auseinandersetzung mit politischen und beruflichen Themen und die Übernahme von Verantwortung“, betonte Bundesjugendministerin

Manuela Schwesig in einem Grußwort zum Jubiläum. Die JUNGE GRUPPE (GdP) leiste damit einen wertvollen Beitrag zur Demokratieverziehung und Teilhabe.

**D**ie Demokratie lebe vom kritischen und wachsamem Geist der Bürgerinnen und Bürger, die Politik und Gesellschaft beobachten, bewerten und sich engagieren. Das gelte auch für junge Menschen. Ihre Teilhabe sei für eine zukunftsfähige Weiterentwicklung unserer Gesellschaft unverzichtbar, erklärte sie.

Es sei ihr ein besonderes Anliegen, den Gestaltungswillen junger Menschen zu bestärken. „Ich unterstütze die Bereitschaft, sich an politischen und sozialen Entscheidungsprozessen aktiv zu beteiligen.“ >>>



**Im „Generationendialog“: (v.l.) Ramin Kalali, Maike Neumann, Sabrina Kunz, Dietmar Schillf mit Moderatorin Christiane Poertgen. Fotos (2): GdP/Hagen Immel**

Anzeige



**UNSER WINTER TRIPPLE VORTEIL**

NOCHMAL VERLÄNGERT BIS ZUM 31.12.16

ITT Ferien Pur

## TRAUMHAFT SPAREN

Unsere attraktiven Frühbucherermäßigungen für die schönsten Wochen des Jahres!

BIS ZU

**40%**

FRÜHBUCHER RABATT

BIS ZU

**42€**

WOCHE

EXTRA-TURBO BONUS

BIS

**17**

JAHRE

KINDER-ERMÄSSIGUNG

**JETZT ONLINE AUF ITT.DE ODER IN IHREM REISEBÜRO BUCHEN.**



## Radlader Polizei 1:20 2,4G

### Highlights:

- Realistischer Motorsound, abschaltbar
- Hupe
- Schaufel heben/senken/abkippen
- Programmierbare Funktionen mit Wiederholfunktion
- Autoabschaltfunktion
- Rückfahrwarnsound
- 2 Radantrieb
- Blinker
- Demo Funktion



258311  52,25 € 65,35 €

Länge ca. 44 cm / Breite: ca. 14 cm / Höhe: ca. 18 cm / Gewicht: ca. 898 g



## Muldenkipper MAN Polizei 1:20 2,4G

### Highlights:

- Realistischer Motorsound, abschaltbar
- Hupe
- Programmierbare Funktionen mit Wiederholfunktion
- Autoabschaltfunktion
- Rückfahrwarnsound
- Blaue LED Signallichter
- 4 Radantrieb
- Kippmulde hoch/runter
- Demo Funktion



258411  55,95 € 67,25 €

Länge: ca. 35,5 cm / Breite: ca. 14 cm / Höhe: 18 cm / Gewicht: ca. 1064 g

## Für alle Fahrzeuge

### Funktionen:

- Vorwärts/rückwärts
- Links/rechts
- Stop

### Lieferumfang

- Modell
- Fernsteuerung 2,4 GHz
- Anleitung

Sicherheitshinweise: Alter: 6+

Benutzung unter unmittelbarer Aufsicht von Erwachsenen.

Nicht für Kinder unter 36 Monaten geeignet. Erstickungsgefahr! Enthält verschluckbare Kleinteile.



Letzter Bestelltermin: 30.11.2016

Wichtig: Bei Auftragswert unter 100,- Euro zuzüglich 4,50 Euro Porto- und Versandkosten. Nutzen Sie den Vorteil einer Sammelbestellung.



## Bagger Polizei 1:27 2,4G

### Highlights:

- Entladen
- Aufladen
- Realistischer Motorsound, abschaltbar
- Hupe
- 660° Turmdrehung
- Turmdrehung im und gegen den Uhrzeigersinn
- Programmierbare Funktionen mit Wiederholfunktion
- Autoabschaltfunktion
- Rückfahrwarnsound
- Demo Funktion

Länge ca. 45 cm / Breite: ca. 15 cm / Höhe: ca. 26 cm / Gewicht: ca. 800 g

258211  48,95 € 61,95 €



ORGANISATION- UND SERVICE-GESELLSCHAFT  
DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI MBH

Postfach 309 • 40703 Hilden • Tel.: 02 11/7104-168 • Fax: -4165  
osg.werbemittel@gdp.de • www.osg-werbemittel.de

Weitere Produkte finden Sie unter: [www.osg-werbemittel.de](http://www.osg-werbemittel.de) oder fordern Sie unseren kostenlosen OSG-Werbemittelkatalog an.

## Bundesweit funktionierendes Netzwerk

Der GdP-Bundesjugendvorsitzende Kevin Komolka verwies darauf, dass die Jugend Jahr für Jahr mit Mut und Kraft das Beste schaffe. „Das ist es,



**Von Umbrüchen, Chancen und Risiken der digitalen Transformation berichtete Zukunftsforscher Klaus Burmeister.**

was Erfolg ausmacht!“, fügte er in seiner Rede hinzu. Für die eigenen Ideale eintreten und Veränderungen herbeiführen zu können sowie der Wunsch, sich aus der Perspektive junger Menschen politisch und gewerkschaftlich zu engagieren, führten vor 50 Jahren zur Gründung einer Jugendorganisation innerhalb der GdP. Sie sei in kurzer Zeit zu einem bundesweit funktionierenden Netzwerk junger Polizeibeschäftigter herangewachsen und meistere ihre Aufgaben bravourös.

In den vergangenen Jahrzehnten habe sich die JUNGE GRUPPE (GdP) vieler Themen angenommen. „Einige davon begegnen uns ständig wieder. Trotzdem ist es nicht immer leicht, allen Ansprüchen unmittelbar und zur Zufriedenheit Aller gerecht zu werden. Dies bedarf nicht nur eines Höchstmaßes an Motivation für die gewerkschaftliche Arbeit, sondern erfordert auch die nicht selbstverständliche Bereitschaft, Familie und Freunde das ein oder andere Mal hinten an zu stellen.“

**V**ieles verlange in unserer schnelllebigen Zeit schnellere Entscheidungen, sagte Komolka. Eine Erwartung, die gerade aus dem Ehrenamt heraus nicht immer einfach zu erfüllen sei. Darin liege die besondere Herausforderung, die nicht nur im gewerkschaftlichen Miteinander, sondern ebenso im beruflichen

Alltag kritisch zu betrachten sei. Komolka erklärte: „Ich möchte allen ehemaligen Bundesjugendvorsitzenden, allen ehemaligen Bundesjugendvorständen, aber auch allen ehrenamtlichen Aktiven in den Landesbezirken und Bezirken dafür danken, dass sie die JUNGE GRUPPE über die letzten Jahre zur größten Jugendorganisation einer Interessensvertretung für Polizeibeschäftigte gemacht haben, die heute 40.400 Mitglieder zählt.“

**D**er Bundesjugendvorsitzende verwies darauf, dass bereits die Gründer der JUNGEN GRUPPE Probleme im Dialog der Generationen und wachsendes Misstrauen gegenüber der Polizei beschrieben hätten. Komolka sagte: „Probleme im Bereich der Mitgliedergewinnung, mangelnde Wertschätzung des Ehrenamtes, der Gewaltanstieg gegenüber Polizistinnen und Polizisten und die oft fehlende politische Rückendeckung ziehen sich als Themen wie ein roter Faden durch die Geschichte der JUNGEN GRUPPE.“

„Um für die Zukunft gerüstet zu

liegen eine besondere Aufmerksamkeit zu schenken“, unterstrich er. Die Förderung der Jugendarbeit sei eine der wichtigsten Aufgaben. „Um es mit den Worten von Horst Geier, dem ersten Bundesjugendvorsitzenden zu sagen: ‚Denn nicht gegen die Jugend, sondern gemeinsam mit der Jugend – allein so



**Hielt auch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ganz schön auf Trab: Moderatorin Christiane Poertgen bezog immer wieder das Publikum in das Geschehen auf der Bühne ein.**



**„50 Jahre in 60 Minuten“ ließen ehemalige Bundesjugendvorsitzende Revue passieren: (v.l.) Gerd Niehoff (1970-1973), Klaus Steffenhagen (1976-1979), Gerd Diefenthaler (1982-1990), Reinhard Soll (1990-1994) und Sascha Göritz (2002-2010).**

**Fotos (3): GdP/Hagen Immel**

sein, brauchen wir eine gut aufgestellte, innovative und tatkräftige Jugendorganisation innerhalb der Gewerkschaft der Polizei. Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, junge Kolleginnen und Kollegen von der Wichtigkeit und den Möglichkeiten unserer Organisation zu überzeugen, an den gewerkschaftspolitischen Prozessen und Entscheidungen frühzeitig zu beteiligen und ihren An-

lassen sich Aufgaben von heute und morgen lösen.“

## Zugang zur Polizei auf hohem Niveau halten

Die gesellschaftlichen, politischen und berufsorganisatorischen Aufgaben seien, so Komolka, weder weniger noch



kleiner geworden. Die Polizeien des Bundes und der Länder gingen derzeit zwar glücklicher- und notwendigerweise endlich wieder den Weg nach vorne und stellten vermehrt Nachwuchs ein, doch sei die Ressource Mensch irgendwann erschöpft, und man müsse sich kritisch die Frage stellen, „... ob ausschließlich Masse die Polizei stärkt oder ob auch eine gewisse Qualität vorhanden sein muss“. Der Bundesjugendvorsitzende unterstrich: „Aus unserer Sicht ist es unabdingbar, die Zugangsvoraussetzungen für den Polizeiberuf auf einem hohen Niveau zu halten und nicht unbedacht abzusenken, um das geforderte Soll zu erfüllen.“

**D**er Aufforderung des GdP-Bundesvorsitzenden Oliver Malchow, der in seiner Begrüßung dazu aufgerufen hatte: „Versucht nicht, die besseren ‚Alten‘ zu sein, sondern findet Eure eigenen Themen. Trefft Entscheidungen, setzt Impulse und bringt Eure Themen nach vorne. Schaltet Euch weiterhin ein!“ folgten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf's Wort: In Gesprächsrunden und Saaldiskussionen wurde kaum ein gesellschafts- und berufspolitisches Thema ausgelassen bis hin zu der Frage, wo die Polizei am Ende der digitalen Transformation stehen mag, die der Zukunftsforscher Klaus Burmeister durch seinen faktenreichen Vortrag aufwarf.

### Unkonventionell, hochpolitisch und auch gegen den Strich

Der für die JUNGE GRUPPE (GdP) im Geschäftsführenden Bundesvorstand zuständige stellvertretende Bundesvorsitzende Dietmar Schilff erinnerte aus Anlass der Veranstaltung an den Refrain des „Kampfliedes“ der Jugendorganisation „Die JUNGE GRUPPE ist dabei“. Geschrieben hat das Lied der ehemalige Bundesjugendvorsitzende Gerd Diefenthaler. Immer dann, wenn

er mit jungen Kolleginnen und Kollegen unterwegs sei, mit jemandem von früher spreche und sich an die alten Zeiten erinnere, dann komme ihm dieses Lied in den Sinn, sagte Schilff. „Der gesamte Text beschreibt die Haltung, das Engagement, die Denke der JUNGEN GRUPPE (GdP) – aktiv, unkonventionell, hochpolitisch und manchmal auch gegen den Strich.“



**Aufmerksame Zuhörer fand das vielseitige und lebendige Programm der Festveranstaltung „50 Jahre JUNGE GRUPPE“ der GdP in Berlin.**

**Foto: GdP/Hagen Immel**

**E**r erinnere sich gerne an seine aktive Zeit in der JUNGEN GRUPPE zurück, so Schilff. „Mit ihr verbinde ich viele tolle Erlebnisse. Zwei werden mir aber immer in besonderer Erinnerung bleiben.“ Im November 1989 veranstaltete die JUNGE GRUPPE ein viertägiges Europaseminar auf hoher See. Mit der „Finnjet“ ging es damals von Travemünde nach Helsinki. In mehreren Arbeitsgruppen machten sich rund 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer Gedanken zum Schengener Abkommen, zur Freizügigkeit und zu den Berührungspunkten mit der polizeilichen Arbeit. „Als wir am 10. November wieder in Travemünde ankamen und auf der Rückfahrt das Autoradio einschalteten, hörten wir, dass die innerdeutsche Grenze offen ist. Was für ein tolles Ereignis, das auch für die Gewerkschaft der Polizei und ihre Jugendorganisation erhebliche Veränderungen brachte. Dies erreichte uns mangels Handys und Smartphones allerdings erst einen Tag später“, blickte Schilff, der niedersächsischer Landesvorsitzender ist, zurück.

**E**r erinnerte auch an eine Bundesjugendvorstandssitzung kurz nach dem Mauerfall in Berlin. Nach der Räumung von drei Häusern brachen am 12. November 1990 schwere Krawalle in der Mainzer Straße in Friedrichshain aus, bei denen etliche Kolleginnen und Kollegen verletzt wurden. Die Straße glich einem Trümmerfeld. Daraufhin beschloss der

Bundesjugendvorstand, Gespräche mit dem Berliner Jugendbündnis aufzunehmen, das das polizeiliche Vorgehen anlässlich der Räumung massiv kritisierte.

„Ich war damals Teil einer kleinen Verhandlungsdelegation, die in einem alten Haus im Ostteil bis tief in die Nacht mit den Mitgliedern dieses Bündnisses diskutierte. Am Ende schafften wir es, die Lage zu beruhigen. Zufrieden, aber auch völlig erschöpft, kehrten wir zurück und wurden von den auf uns wartenden Kolleginnen und Kollegen sehr erleichtert empfangen, von denen in diesen Stunden niemand wusste, ob es uns gut ging. Wie gesagt, Handys und Smartphones waren zu dieser Zeit Fehlanzeige“, berichtete der GdP-Vize.

Die JUNGE GRUPPE habe, so sein Fazit, in den vergangenen Jahren viel bewegt, erreicht und umgesetzt. „Ich wünsche ihr daher auch für die Zukunft, dass sie immer dabei ist“, sagte Schilff.



**VORSICHT  
IM NETZ!**



[www.PolizeiDeinPartner.de](http://www.PolizeiDeinPartner.de)

INFORMIEREN. AGIEREN. VORBEUGEN.

**P**OLIZEI  
**DEIN PARTNER**

Gewerkschaft der Polizei

Das Präventionsportal

**JETZT INFORMIEREN!**

Viele Informationen und Tipps  
hierzu auf dem [Präventionsportal](#)  
der Gewerkschaft der Polizei

# Gewohntes Muster

Von Thomas Gesterkamp

**Mehr Frauen bei der Polizei, auch in höherer Position, gelten ausdrücklich als erwünscht. Doch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist dabei – schon wegen der häufig ungünstigen Dienstzeiten – ein großes Hindernis. Nach der Geburt von Kindern kehren nicht nur Polizistinnen zur traditionellen Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern zurück. Eine neue Studie hat untersucht, warum das so ist.**

„Was junge Frauen wollen“: Unter dieser Schlagzeile, die an den Titel eines alten Kinofilms erinnert, hat der Soziologe Carsten Wippermann gerade eine Untersuchung über die Lebensphase der Familiengründung vorgelegt. Im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung befragte das Delta-Institut für Sozial- und Ökologieforschung über 500 repräsentativ ausgewählte Frauen zwischen 18 und 40 Jahren – und, als Kontrollgruppe, auch Männer im gleichen Alter.

## Unterschiedliche Einkommen von Mann und Frau

Quer durch alle gesellschaftlichen Milieus zeichnet die Studie das Bild einer verunsicherten Generation. Gut ausgebildete Frauen mit starker beruflicher Orientierung fürchten, dass Kinder ihr Fortkommen im Job gefährden könnten. Die Erfahrungen von Freundinnen, Verwandten oder Nachbarinnen, die bereits Mütter geworden sind, bestätigen sie in diesen Vorbehalten. Trotzdem sind nicht wenige junge Frauen durchaus bereit, auf ihre eigene Karriere zeitweise zu verzichten und dem beruflichen Fortkommen ihres Partners Vorrang einzuräumen. Warum wiederholen viele Paare in dieser Lebensphase gewohnte Muster? Warum praktizieren sie bestenfalls ein Zuverdienerinnenmodell?

Vor allem wegen der unterschiedlich hohen Einkommen von Männern und Frauen, betont Sozialwissenschaftler Wippermann. Der Autor der Expertise stellt diese einfache Erklärung in den Vordergrund: Männer verdienen meist mehr, es geht ums Geld. „Junge Frauen mit gehobener Qualifikation gehen das Thema ‚Kinder bekommen‘ sehr reserviert an, sie schieben den Zeitpunkt der Familiengründung nach hinten, um nicht in die Falle von Teilzeitarbeit und

### DIE STUDIE

Die Untersuchung des Delta-Institutes trägt den Titel „Was junge Frauen wollen – Lebensrealitäten und familien- und gleichstellungspolitische Erwartungen von Frauen zwischen 18 und 40 Jahren“ und kann beim Forum Politik und Gesellschaft der Friedrich-Ebert-Stiftung, Hiroshimastraße 17, 10785 Berlin, als Broschüre bestellt werden. Download unter <http://www.fes.de/library>

finanzieller Abhängigkeit vom Partner zu geraten“, so Wippermann.

Stefanie Elies vom Forum Politik und Gesellschaft der Friedrich-Ebert-Stiftung leitet daraus „klaren politischen Handlungsbedarf“ ab. Das Thema „Lohnlücke“ sei bei den Befragten „sehr präsent“. Es handele sich „um eine soziale Ungerechtigkeit und keineswegs nur um ein privates Problem“. Gerade deshalb sei das von Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) eingebrachte Gesetz zur Entgeltgleichheit so wichtig.

## Vielfältige Gründe

Es liegt nahe, dass der parteinahe Auftraggeber einer Untersuchung jene Ergebnisse hervorhebt, die von der Politik durch Interventionen beeinflusst werden kann. Doch so bedeutsam das Gehaltsgefälle zwischen den Geschlechtern für die Bereichsteilung junger Eltern sicher ist, erklärt das keineswegs allein die von Forschern wie Politikerinnen beklagte „Retraditionalisierung“ nach der Gründung einer Familie.

Beispiel Polizei: Die in diesem Berufsfeld notwendigen Schichtdienste sind meist alles andere als familien-

freundlich. Einsatzzeiten am Abend oder gar in der Nacht passen nicht zu den privaten Abläufen mit Kindern. Die nach wie vor unzureichenden Plätze in Tagesstätten und Krippen sind umkämpft; die meisten Einrichtungen schließen zudem gerade im Westen Deutschlands schon im Laufe des Nachmittags. „24-Stunden-Kitas“, die rund um die Uhr geöffnet sind und sogar Übernachtungen von Kindern anbieten, gibt es nur vereinzelt als umstrittene Modellprojekte vor allem in den neuen Bundesländern.

## In der Regel die Mutter

Vollzeitstellen für beide Eltern sind mit den üblichen Angeboten an öffentlicher Betreuung kaum vereinbar. Ein Elternteil muss deshalb bei der Erwerbsarbeit kürzer treten, und in der Regel übernimmt diesen Part die Mutter. Bei dieser Entscheidung spielen neben den beschriebenen strukturellen Hürden noch ganz andere Faktoren eine Rolle. Zu berücksichtigen sind zum Beispiel die psychologischen Motive junger Frauen, die auf tief verankerten Rollenmuster beruhen, und nicht zuletzt auch die körperlichen Unterschiede zwischen den Geschlechtern – ohne damit einem platten „Biologismus“ folgen zu wollen.

Anders ist nicht zu erklären, was etwa Beraterinnen und Berater in Sachen Elternzeit und Elterngeld immer wieder berichten: Selbst gut verdienende, bestens ausgebildete Mütter bestehen darauf, dass sie zwölf Monate lang Babypause machen – und ihr Partner nur die restlichen, sonst verfallenen zwei „Papa-Monate“ übernimmt. Die auf familienpolitischen Ta-

Anzeige



**THOMAS BROCKHAUS**  
Automobile und mehr

Wir liefern Fahrzeuge fast aller Fabrikate mit **TOP RABATTEN**.  
Inzahlungnahme möglich. % % % % % %

Informieren Sie sich!  
**Telefon: (02207) 76 77**

[www.fahrzeugkauf.com](http://www.fahrzeugkauf.com)





Foto: privat

**Thomas Gesterkamp** ist Journalist in Köln und promovierter Politikwissenschaftler. Er schreibt seit Jahren über soziale Themen in DEUTSCHE POLIZEI.

gungen ständig wiederholte Forderung, dass Paare sich die Elternzeit zu gleichen Teilen aufteilen sollten, geht deshalb teilweise ins Leere. Denn das mehrheitlich praktizierte Arrangement ist nicht das Ergebnis einer Verschwörung egoistischer männlicher Workaholics, sondern beruht in der Regel auf einer gemeinsamen Verabredung zwischen Vater und Mutter.

### Die Tür öffnen

Das weibliche Bedürfnis nach besonders intensiver Nähe zum Säugling hat schlicht mit den körperlichen Startvoraussetzungen zu tun: Frau und Kind sind schon während der Schwangerschaft neun Monate im Mutterleib verbunden. Die lange Stillzeit von Säuglingen, zu der die psychologische Bindungsforschung rät, verstärkt diese intensive Symbiose. Engagierten Vätern kommt in dieser Phase die Funktion des zuverlässigen Assistenten zu – der sich aber bemühen sollte, möglichst bald zum gleichberechtigten Teilhaber aufzusteigen.

Damit dieses Ziel erreicht wird, muss die Frau als „Gatekeeperin“, wie das die englischsprachige Forschung nennt, das Tor öffnen – und der Mann auch im Beruf die Möglichkeit haben, kürzer zu treten. Hier ist dann wieder, wie von der aktuellen Delta-Studie und ihrem Auftraggeber ange-regt, die Politik gefragt. Verbindliche Gesetze sind notwendig, um bei den Arbeitgebern ein familien- und auch väterbewusstes Klima durchzusetzen.

### Staatliches „Familiengeld“

Ein mögliches Instrument ist die von Familienministerin Schwesig propa-gierte „Familienarbeitszeit“ für beide Geschlechter von rund 30 Stunden. Der Einkommensverlust würde nach diesem, vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung berechneten Konzept durch ein staatliches „Familiengeld“ kompensiert. Im Kabinett wurde die Sozialdemokratin für diesen Vorschlag sofort zurückgepfiffen. Davon stünde nichts im Koalitionsvertrag, hieß es vor allem bei Politikern aus

Anzeige

## Schulungen für Polizeibehörden

In der familiengeführten Gauselmann Gruppe mit Sitz in Ostwestfalen wurde die Notwendigkeit, sowohl Polizei als auch Finanzbehörden bei der Bekämpfung von Betrugsdelikten an Automaten bestmöglich zu unterstützen, schon vor mehr als zwei Jahrzehnten erkannt und entsprechend gehandelt. So wurde innerhalb der Unternehmensgruppe ein Sonderressort eingerichtet. Rüdiger Schink leitet seit sieben Jahren diesen Sonderbereich und ist auf das Thema Manipulationsprävention spezialisiert. Als Schulungsreferent hat er sein Expertenwissen in zahlreichen Seminaren zum Thema Kriminalität beim gewerblichen Spiel bereits bundesweit an Beamte von Ermittlungsbehörden vermittelt. Darüber hinaus berät und unterstützt er die Polizei bei Manipulationsangelegenheiten aller Art, etwa bei

Razzien oder bei der Erstellung von Gutachten. Auch vor Gericht ist er als Sachverständiger bereits mehrfach im Einsatz gewesen.

Die Seminare für Ermittlungsbehörden sind generell kostenlos. Neben Informationen und konkreten Beispielen zum Thema Manipulation werden in den Veranstaltungen auch die rechtlichen Rahmenbedingungen der Spielverordnung vermittelt. Darüber hinaus gibt es einen Praxisteil direkt am Geldspielgerät sowie eine Anleitung zum Auswerten des sogenannten „Auslesestreifen“, der für jede Ermittlung unerlässlich ist. Die ca. 4-stündigen Veranstaltungen finden nach Absprache meistens bei den jeweiligen Behörden vor Ort statt. Individuelle Terminwünsche können direkt mit Rüdiger Schink unter Telefon 05741 273-264, per

Fax 05741 273-8925 oder per Mail [rschink@gauselmann.de](mailto:rschink@gauselmann.de) abgestimmt werden.

Besuchen Sie ebenfalls unseren Informationsstand auf dem Polizeitag in München am 07.11.2016 sowie auf dem Europäischen Polizeikongress in Berlin am 21. + 22.02.2017.



Merkur-Allee 1-15 · 32339 Espelkamp  
Telefon 05772 49-0 · [www.gauselmann.de](http://www.gauselmann.de)



## SOZIALES

CDU und CSU. Spätestens nach der Bundestagswahl im kommenden Jahr dürfte das Thema jedoch wieder auf der Tagesordnung landen.

Der Spagat zwischen Beruf und Familie bleibt nicht nur für Polizisten und Polizistinnen ein Dauerthema. Immerhin haben die Beschäftigten im öffentlichen Dienst mehr Möglichkeiten als jene in der Privatwirtschaft, Arbeits-

zeiten zu variieren und ihren privaten Verpflichtungen bei der Kindererziehung oder der Pflege von Angehörigen anzupassen.

Junge Mütter wollen heute beides, sagt Soziologe Wippermann: Kind und Karriere, Familie und Erwerbsarbeit. Die staatlichen und betrieblichen Angebote, diese beiden zentralen Le-

bensbereiche zu vereinbaren, sind besser geworden, aber immer noch unzureichend. Ohne kürzere Arbeitszeiten geht wenig: Die Vollzeitarbeit auf der Basis der 40-Stunden-Woche, kombiniert mit dem etwa bei der Polizei unvermeidbaren Schichtdienst, überfordert junge Eltern. Das Ergebnis ist dann der berufliche Verzicht – von „jungen Frauen“.

## FRAUENGRUPPE (BUND)

# Neues Personalentwicklungs-Projekt startet 2017

**In der Mai-Ausgabe DEUTSCHE POLIZEI wurde über den Abschluss des Personalentwicklungs-Projekts der Frauengruppe (Bund) berichtet. Nun kann das erfolgreiche Projekt aufs Neue in Angriff genommen werden. Die BGAG-Stiftung Walter Hesselbach (Beteiligungsgesellschaft der Gewerkschaften) sagte in ihrer Kuratoriumssitzung Anfang September erneut der Frauengruppe (Bund) ihre finanzielle Unterstützung zu.**

Das neue Projekt startet im Februar 2017. Ziel ist es, GdP-Kolleginnen, die sich ehrenamtlich in der Frauengruppe, den Kreis- und Bezirksgruppen, Fachausschüssen oder anderen Gremien der GdP einbringen wollen, das entsprechende Rüstzeug an die Hand zu geben. Die erfahrene Soziologin Manuela Rukavina begleitet erneut das Projekt, vermittelt Tipps und Tricks, um im Alltag mit Stress, Konflikten, Veränderungsprozessen, Wechselwirkungen von Körper und Psyche und Power-Posing (Selbstbewusstsein durch Körperhaltung) umzugehen. Nicht zu kurz kommen bei

ihr die Methodenarbeit und das Netzwerken.

Kolleginnen, die Interesse an der Teilnahme an dem Projekt und insbesondere an der Gewerkschaftsarbeit haben, sollten sich nach Rücksprache mit ihrer Landes-/Bezirksfrauenvorsitzenden beziehungsweise dem Landesbezirk/Bezirk mit einem Motivations schreiben bis 15. November 2016 bei der Abteilung Frauen- und Gleichstellungspolitik: [annette.terweide@gdp.de](mailto:annette.terweide@gdp.de) bewerben. Eine Teilnahme an allen drei Workshops ist zwingende Voraussetzung. >>>



**Projektbegleiterin Manuela Rukavina erneut dabei. Foto: Annette Terweide**

## Reise & Erholung



**Action mit wasser·c·raft in Tirol**

**Spezial Polizeiangebote:**  
Raft- & Canyon tour €/Person 118,-  
Unterkunft über uns buchbar.

Infos: +43 5252 6721  
[office@rafting-oetztal.at](mailto:office@rafting-oetztal.at)  
[www.rafting-oetztal.at](http://www.rafting-oetztal.at)



**Franken bei Bamberg**, eigene Metzgerei.  
Waldreiche Gegend, Lift, 75 Betten, Menüwahl,  
HP 5 Tage ab 178,- €, Gruppenangebote anfordern.  
Tel. 0 95 35/2 41, [www.zur-sonne-urlaub.de](http://www.zur-sonne-urlaub.de)

[www.Polizeifeste.de](http://www.Polizeifeste.de)

**Alle Polizeifeste auf einem Blick**



**WITTELSBACH®**  
DAS KURHOTEL MIT DER ADLIGEN SEELE  
★★★★

Kurhotel Wittelsbach Betriebs GmbH  
Beethovenstraße 8 · 94072 Bad Füssing  
Tel.: +49(0)8531/9520 · Fax: +49(0)8531/22256  
[info@kurhotel-wittelsbach.de](mailto:info@kurhotel-wittelsbach.de)  
[www.kurhotel-wittelsbach.de](http://www.kurhotel-wittelsbach.de)



**JETZT INFORMIEREN!**  
Viele Informationen und Tipps auf dem **Präventionsportal** der Gewerkschaft der Polizei

**POLIZEI DEIN PARTNER**  
Gewerkschaft der Polizei  
Das Präventionsportal



# POLIZEI PRAXIS

STARTSEITE

THEMEN

AUSGABEN

PRODUKTE

SERVICE

Sie sind hier > Startseite

Suche nach Sachgebieten, Hilfe, Tipps und mehr...



finden



### Body Cam - Eine Frage der Perspektive

Grundsätzlich unterscheiden wir in diesem Beitrag zwischen der bereits bewiesenen positiven Wirkung, wenn auf... [\[mehr lesen\]](#)

1 2 3 4

### SCHWARZES BRETT

#### PMRExpo 2016 vom 22. bis 24. November in Köln

Die PMRExpo ist die europäische Leitmesse für Professionellen Mobilfunk und Leitstellen. Die Besucher haben die Möglichkeit, sich beim abwechslungsreichen Veranstaltungsprogramm über Innovationen,... [\[mehr lesen\]](#)

#### Newsletter - Anmelden und gewinnen!

Sie möchten über die neuesten Meldungen und Beiträge auf POLIZEIPRAXIS.DE informiert werden? Dann melden Sie sich noch heute für den Newsletter an! Unter allen Anmeldungen, die zwischen dem... [\[mehr lesen\]](#)

#### Attraktive Angebote in unserer Rubrik PRODUKTE!!

Beachten Sie auch die attraktive Auswahl von Produkten für den polizeilichen und privaten Alltag. Einfach auf den Reiter PRODUKTE klicken und schon finden Sie eine Vielzahl an Hilfsmitteln für Ihre... [\[mehr lesen\]](#)

### NEWSLETTER ABONNIEREN



Mit dem Multifunktionstuch von **POLIZEIPRAXIS.DE** bieten wir den optimalen Begleiter bei allen Aktivitäten an.

Es kann als Schal, Stirnband, Kopftuch, Schweißband oder Mütze getragen werden. Das atmungsaktive Tuch aus Microfaser kann ab sofort für nur 4,90 Euro zzgl. 2,00 Euro Versandkosten\* unter der E-Mail: **info@polizeipraxis.de** bestellt werden!



Passend dazu:  
ab sofort auf unserer  
Homepage im Shop auch  
eine attraktive Auswahl  
von Schuhen – nicht nur für  
die Freizeit – von HAIX!

\*Ab einem Bestellwert von 50,00 Euro entfallen die Versandkosten. Nur gegen Vorkasse. Alle Preise inkl. MwSt.

# WWW.POLIZEIPRAXIS.de

Unter allen Anmeldungen für unseren Newsletter, die vom 01.11. - 30.11.2016 erfolgen, verlosen wir **fünf POLIZEIPRAXIS MULTIFUNKTIONSTÜCHER!**

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

**Die Teilnehmerinnen des letzten Personalentwicklungsprojektes mit der Bundesfrauenvorsitzenden Dagmar Hölzl (3.v.l.).  
Foto: Annette Terweide**

### Schwerpunkt Work-Life-Balance

Der Auftakt findet am 8. und 9. Februar 2017 statt. Der dreitägige Zwischenworkshop ist vom 16. bis 18. Oktober 2017 geplant. Der zweitägige Abschluss wird nach Absprache mit den Teilnehmerinnen im Januar oder Februar 2018 durchgeführt. Das Projekt ist auf zwölf Teilnehmerinnen ausgerichtet. Das Projektdesign sieht ausschließlich Methoden vor, die auf Beteiligungs- und Praxisorientierung beruhen. Die Thematik Work-Life-Balance (WLB) ist dabei ein großer Bestandteil. Das Projekt wird nach den Bestimmungen der Bundeszentrale für politische Bildung nicht sonderurlaubsfähig sein. Den Teilnehmerinnen bleibt es freigestellt, Sonderurlaub oder Bildungsurlaub über ihre Dienststellen zu beantragen. Die Übernachtungs- und Reisekosten (2. Klasse Deutsche Bundesbahn) für die



Teilnehmerinnen übernimmt die GdP (Bund). Somit entstehen den Teilnehmerinnen keine Kosten.

Über die Auswahl der Teilnehmerinnen entscheidet eine Arbeitsgruppe in Absprache mit dem Bundesfrauenvorstand. Ein schönes Fazit einer Teilneh-

merin aus dem letzten Projekt: „Ich konnte mir nicht vorstellen, was ein reines Frauenseminar bringen soll (...), jetzt bin ich dankbar, dass ich teilnehmen konnte und wünsche diese Chance auch noch vielen anderen GdP-Frauen“.

**Annette Terweide**

### **INTERN**

## DP-Redakteurinnen und -Redakteure erörterten Editorial-Design

**Die grafische Gestaltung der GdP-Mitgliederzeitschrift DEUTSCHE POLIZEI (DP), also das „DP-Editorial-Design“, stand im Mittelpunkt der Tagung der Redakteurinnen und Redakteure der Landes- und Bezirksjournale der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Mitte Oktober in der Bundesgeschäftsstelle in Hilden.**

In jedem der 18 Länder und Bezirke der GdP fertigt eine Redaktion mit einem achtseitigen Journal eine Regionalausgabe an, die sich mit den Aktivitäten der Länder und der Bezirke beschäftigt. Dabei hilft den Redakteurinnen und Redakteuren ein gemeinsames „Stilbuch“, das zahlreiche Optionen für ein spannendes Layout der Zeitschrift vorhält und der Druckerei eindeutig beschreibt, wie die Seiten auszusehen haben.



Foto: Zierasko

Ausführlich erörtert wurden zudem verschiedene Modelle von Redaktionsplanungen. Weitere Punkte der Tagesordnung der zweitägigen Veranstaltung beschäftigten sich mit Synergien zu anderen redaktionellen

Produkten des VERLAGES DEUTSCHE POLIZEILITERATUR (VDP), der Rechercheunterstützung durch die GdP-Literaturdatenbank sowie der Einbindung der DP in die Homepages der GdP.

**mzo**



# FREMDSPRACHEN FÜR DIE POLIZEI

## TÜRKÇE BİLİYOR MUSUN?

Türkisch für die Polizei

Von **Songül Tut**.

1. Auflage 2015

**Umfang:** 104 Seiten / **Format:** Broschur, 17 x 24 cm

**Preis:** 12,90 € [D] / **ISBN:** 978-3-8011-0750-5

Wesentlicher Bestandteil des Anforderungsprofils von Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten ist eine umfassende Kommunikationsfähigkeit, zu der auch praxisrelevante Fremdsprachenkenntnisse gehören.

Das Lehrbuch „Türkçe biliyor musun?“ wurde als Hilfestellung für Lehrende und Lernende im berufsbezogenen Türkisch-Unterricht des Bachelorstudiums entwickelt. Es soll die polizeispezifische Sprachausbildung unterstützen und damit neue Impulse setzen, um den Anforderungen an die Qualität der Polizeiarbeit in besonderem Maße gerecht zu werden.



### DIE AUTORIN

**Songül Tut,**

*FHVD Schleswig-Holstein, Fachbereich Polizei.*

## TALER DU DANSK?

Dänisch für die Polizei

Von **Sarah Brenneisen**.

3. Auflage 2015

**Umfang:** 144 Seiten / **Format:** Broschur, 17 x 24 cm

**Preis:** 12,90 € [D] / **ISBN:** 978-3-8011-0749-9

Wesentlicher Bestandteil des Anforderungsprofils von Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten ist eine umfassende Kommunikationsfähigkeit, zu der auch praxisrelevante Fremdsprachenkenntnisse gehören.

Das Lehrbuch „Taler du Dansk?“ wurde als Hilfestellung für Lehrende und Lernende im berufsbezogenen Dänisch-Unterricht des Bachelorstudiums entwickelt. Es soll die polizeispezifische Sprachausbildung unterstützen und damit neue Impulse setzen, um den Anforderungen an die Qualität der Polizeiarbeit in besonderem Maße gerecht zu werden.



### DIE AUTORIN

**Sarah Brenneisen,**

*FHVD Schleswig-Holstein, Fachbereich Polizei.*



**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH**

**Buchvertrieb**

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270  
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: [www.vdpolizei.de](http://www.vdpolizei.de)

# Tag der Deutschen Einheit: Polizei steht wie gewohnt in der Kritik

**Tausende Polizistinnen und Polizisten aus ganz Deutschland haben die mehrtägigen Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit in diesem Jahr in Dresden abgesichert. Das Ergebnis: Die im Vorfeld befürchteten Ausschreitungen blieben aus.**

Gemeinsam mit der JUNGEN GRUPPE des Bundes sorgte die Bezirksgruppe Dresden mit Unterstützung des Geschäftsführenden Landesvorstandes und Mitarbeitern der sächsischen Geschäftsstelle der Gewerkschaft der Polizei (GdP) dafür, dass die eingesetzten Beamten aus 14 Bundesländern und der Bundespolizei entsprechend betreut wurden. Zudem stand die GdP als Ansprechpartner den Dresdnerinnen und Dresdnern, ihren Gästen, der Politik und allen, die es gern in Anspruch nahmen, Rede und Antwort. Und dies in einem überwältigenden Umfang. Es war ein, wenn am 3. Oktober auch verregnetes, dennoch größtenteils farbenfrohes und friedliches Fest 450.000 Feiernder, ein buntes Programm für Jung und Alt. So wurde es zumindest von den Beteiligten der GdP wahrgenommen.

### Klugscheißerei bringt niemanden weiter

Aber im Nachhinein schien alles ganz anders gewesen zu sein. Zumindest beim Betrachten der medialen Berichterstattung. „Kritik an Polizeieinsatz bei Einheitsfeier in Dresden“, „Nach Pöbeleien von Pegida-Anhängern steht Dresdner Polizei unter Druck“, „Sachsens Polizei im Kreuzfeuer“ sind noch die harmlosesten Betitelungen. Alte Kamellen werden wieder vorgekramt bezüglich der Pegida- und AfD-Lastigkeit und damit vermeintlich zusammenhängender Nichtneutralität der (vor allem) sächsischen Polizei.

Wer vor Ort war, weiß, aus welchen Gruppierungen Straftaten begangen worden sind. Der weiß, welche Auflagenverstöße durch wen begangen worden sind. Der weiß, was Eskalation und Deeskalation bedeuten. Am Schreibtisch klugscheißen ist keine Kunst und bringt niemanden weiter.

Im Vorfeld der Einheitsfeier wurde über die Sicherheit philosophiert – bekommt Dresden dies in den Griff? Es wurden Aktionen propheszeit, die eine

friedliche Veranstaltung an den Rand des Unmöglichen orakelten.

Fazit: Ja, es gab Störungen, ja, auch Politiker wurden beschimpft. Und ja, es gab sicher auch die eine oder andere Polizeiaktion, die bei dem Einen oder Anderen nicht gut ankam. Das ist Polizeialltag und zur Aufarbeitung laufen Nachbetrachtungen und Auswertungen. Aber es gab keine Verletzten, keine Toten, keine martialischen Auseinandersetzungen, keine Wasserwerfereinsätze am Einheitswochenende.

Vielleicht Begleitumstände, die man erwartet hätte, aber (zum Glück) nicht eingetroffen sind – nicht zuletzt aufgrund des beherzten Handelns unserer Kolleginnen und Kollegen, auch wenn dieses Ergebnis dem Einen oder Ande-

ren im Nachhinein vielleicht ein Dorn im Auge ist. Denjenigen wird es auch nicht passen, dass der allen bekannte Wunsch eines „erfolgreichen Tages“ durch keinen sächsischen Beamten durch den Lautsprecher gejagt wurde. Das hätte so Manchem zumindest auch noch allzu gut ins Bild gepasst.

Es ist traurig genug, dass die Polizei ihren Hintern täglich auch für verfehlte Politik hinhalten muss. Unausstehlich ist aber, dass sie dafür auch noch verantwortlich gemacht wird. Wobei nicht verschwiegen werden darf, dass es auch positive und anerkennende Rückmeldungen gibt. Es ist zudem angenehm, dass ich nach meinem Auftritt als Landesvorsitzender im ZDF-Polit-Talk Maybritt Illner unter dem Titel „Hass auf die Politik – Gefahr für die Demokratie“ fast ausschließlich zustimmende Reaktionen erhalten habe.

Die GdP Sachsen dankt allen eingesetzten Polizeibeschäftigten Sachsens, den Polizeien der Länder und der Bundespolizei für ihren Einsatz und die Unterstützung in Dresden. Genauso gebührt der GdP Bund unser Dank für das Engagement.

Hagen Husgen/wsd

## Große Zufriedenheit mit „Plan B“

### 16. Bundesseniorenreise führte nach Kreta

**In das Hotel Club Calimera Serra Palace an der türkischen Riviera sollte sie führen, die 16. Bundesseniorenreise der Gewerkschaft der Polizei (GdP) vom 24. September bis 8. Oktober. So jedenfalls lautete die Ausschreibung in DEUTSCHE POLIZEI im November 2015. Nach den ersten Anschlägen im Frühjahr in Ankara und in der Osttürkei entschieden wir uns, die Sicherheit unserer Seniorinnen und Senioren vor Augen, einen „Plan B“ umzusetzen.**

Die DER-Touristik reagierte prompt und bot der GdP-Service-GmbH NRW für den gleichen Zeitraum und zu einem geringfügig höheren Preis als Alternative das Hotel Apollonia Beach Resort & Spa in Amoudara auf Kreta an. 230 Teilnehmerinnen und Teilnehmer nahmen dieses Angebot an. Das Betreuungsteam der GdP-Service-GmbH NRW, Lorenz Rohahn, Eva Humberg und Bernhard Heckenkemper sowie der Abteilungsleiter beim GdP-Bundesvorstand, Horst Müller, trafen sich einen Tag vor der Anreise der Urlauber zu einer ersten Orientie-

rung in der Hotelanlage. Nach einem gemeinsamen Rundgang und einer entsprechenden Unterweisung stand für alle fest: Es handelt sich um ein sehr gepflegtes Hotel in einer traumhaften Grünanlage mit kurzen Wegen zu den Pools und zum Strand. Ausreichend Liegen, sowohl in der Grünanlage als auch an den Pools und am Strand. Die Barrierefreiheit war auch gewährleistet. Abends dann noch ein Meeting mit dem stellvertretenden GdP-Bundesvorsitzenden Jörg Radek und mit den Betreuern von DER-Touristik, Jana und Georgius. Letzte Absprachen, die Gäste können kommen.





Jörg Radek begrüßt die Gäste der 16. Bundesseniorenreise. Im Hintergrund das Betreuungsteam (v.l.n.r.) Lorenz Rojahn, Eva Humberg, Horst Müller, Bernhard Heckenkemper  
Foto: Harald Bellinghausen

Am 24. September trafen dann die Gäste, über den Tag verteilt, gruppenweise ein. Sie waren gestartet von den Flughäfen Frankfurt, Hamburg, München, Stuttgart, Berlin, Köln, Düsseldorf und Hannover. Die letzten konnten kurz vor Mitternacht begrüßt werden. Alle Gäste wurden durch Bernhard Heckenkemper und Repräsentanten der Agentur am Flughafen im Empfang genommen. Im

Hotel angekommen gab es nach der langen Anreise zur Begrüßung ein Erfrischungsgetränk.

Tags darauf wurden die Gäste zu einem Empfangscocktail in das Open-Air-Theater des Hotels eingeladen. Lorenz Rojahn, der Geschäftsführer der GdP-Service-GmbH, begrüßte die Angekommenen, selbstverständlich aber auch den GdP-Vize Radek. Zudem wurden das Betreuungsteam und die

Repräsentanten von DER-Touristik, Jana und Georgius, vorgestellt.

### Einzigartiges Angebot

Radek wies auf die Einzigartigkeit einer Bundesseniorenreise, wie sie seit Jahren von der GdP angeboten wird, hin. Die GdP-Familie „Polizei“ treffe sich zu einem Allround-Service, der in dieser Art externe Reisebüros nicht anbieten würden.

Die DER-Touristik-Repräsentanten stellten die für die Reisegruppe angebotenen Ausflüge vor:

1. Der Tagestrip „Kreta pur“ führte in den Westen, über die Küstenstraße quer über die Insel durch die Hochebene Askifou, entlang der Ausläufer der „Weißen Berge“ zu dem kleinen Dorf Imbros. Zu den Sehenswürdigkeiten gehörten die Festung Frangokastello, das Kloster Preveli, das ehemalige Fischerdorf Plakias und die Kourtaliotiko-Schlucht.

2. „Archanes & Weingut“ war der Titel eines Halbtagsausflugs. Archanes gehört zu den größten Weinanbaugebieten Kretas. Spaziergang durch das Dorf, dann das Kloster Agios Georgious, zum Abschluss Besuch der Weinkellerei Gavalas.

3. „Anogia – Sfedoni“. Dieser Tagesausflug führte durch die Ausläufer der wilden Bergwelt des Ida Gebirges nach

## Kapitalmarkt

<p><b>Beamten Darlehen 10.000 €-120.000 €</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Vorteilszins für den öffent. Dienst</li> <li>Umschuldung: Raten bis 50% senken</li> <li>Baufinanzierungen echt günstig</li> </ul> <p><b>0800 - 1000 500</b> Free Call</p> <p>Wer vergleicht, kommt zu uns. <b>Seit über 35 Jahren.</b></p>	<p><b>Deutschlands günstiger Autokredit</b></p> <p><b>2,77%</b> effektiver Jahreszins 5.000 € bis 50.000 € Laufzeit 48 bis 120 Monate</p> <p>Repräsentatives Beispiel nach §6a PAngV: 20.000 €, Lfz. 48 Monate, 2,77% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,74% p.a., Rate 441,- €, Gesamtkosten 21.137,19 €</p> <p><a href="http://www.Autokredit.center">www.Autokredit.center</a></p>	<p><b>AK FINANZ</b></p> <p>Kapitalvermittlungs-GmbH E3, 11 Planken 68159 Mannheim Tel: (0621) 178180-0 <a href="mailto:Info@AK-Finanz.de">Info@AK-Finanz.de</a></p>	<p><b>Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D. / Berufssoldaten / Akademiker</b></p> <p>Günstiges Darlehen resp. Bsp. 40.000 € Sollzins (fest gebunden) 2,95%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 528,00 €, eff. Jahreszins 2,99%, Bruttobetrag 44.317,65 €, Sicherheit: Kein Grundschuldentrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldsicherung.</p>
---	---	---	--

**Hypotheken, Beamten- u. Angestelltendarlehen Forwarddarlehen, Ratenkredite**

Lösen Sie teure Kredite ab und senken Sie die monatlichen Kosten.  
Individuelle Beratung und beste Konditionen vermittelt:

**IFS Hans-Joachim Janke**  
Königswall 1 • 44137 Dortmund  
[www.ifs-janke.de](http://www.ifs-janke.de) • Tel. 0231/9 145145

**Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker** Seit 1997

**Unser Versprechen: „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“**

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen.  
Festzinsgarantie bei allen Laufzeiten: Ratenkredite bis 10 Jahre, Beamten Darlehen von 12 bis 20 Jahre.

→ Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.

**Top-Finanz.de • Nulltarif • 0800-33 10 332**  
Andreas Wendholt • Kapital- & Anlagevermittlung • Prälat-Höing-Str. 19 • 46325 Borken

**JETZT INFORMIEREN!**

Viele Informationen und Tipps auf dem **Präventionsportal** der Gewerkschaft der Polizei

**POLIZEI DEIN PARTNER**  
Gewerkschaft der Polizei  
Das Präventionsportal

**KREDIT** bis € 80.000,-  
**PECUNIA GmbH seit 1980**

einfach – schnell – seriös  
ohne Schufa bis € 10.000 – keine Bearbeitungsgebühr – Laufzeit bis 10 Jahre – auf Wunsch keine Restschuldsicherung – bis zum 80. Lebensjahr

**Tel. 0201/22 1348**  
45127 Essen • Gänsemarkt 21  
[www.pecunia-essen.de](http://www.pecunia-essen.de)

**www.PolizeiDeinPartner.de**



Zoiana zu der einzigartigen Tropfsteinhöhle Sfedoni. Danach weiter in das Bergdorf Anogia, das für eine Schafwollteppiche und Webereien bekannt ist.

Vor Ort wurden weitere Ausflüge, zum Beispiel der Besuch der Insel Spinalonga, angeboten. Alle Gäste hatten zudem die Möglichkeit, sich je einmal beim Italiener, beim Griechen und beim Asiaten anzumelden, um à la carte zu speisen.

### Nur zufriedene Gesichter

Wohin man in der Hotelanlage auch schaute, man sah nur zufriedene Gesichter. Das bleibt auch nicht aus bei strahlendem Sonnenschein, einer solch angenehmen Umgebung, der sehr guten Verpflegung und äußert zuvorkommendes Personal.

Leider verlaufen solche Reisen nicht immer ohne Zwischenfälle. So hatten wir leider einen Leistenbruch zu ver-

die Rund-um-die-Uhr-Betreuung einzigartig ist. So konnten Fragen der Kostenübernahme kurzfristig geklärt und andere notwendige Informationen herbeigeschafft werden, damit die medizinische Versorgung ohne Verzug erfolgen konnte. Darum brauchten sich die Patienten nicht selbst zu kümmern. Das erledigte das Betreuungsteam in Zusammenarbeit mit Georgius. Er war immer zur Stelle, wenn man ihn brauchte, sei es als Dolmetscher sowohl beim Arzt im Hotel als auch im Krankenhaus, oder er war behilflich bei der Beschaffung von zu Hause vergessenen Utensilien (Ladegerät für die Kamera, Badeschuhe, Medikamente, und vieles mehr).



**Jana Bachnakova (links) von DER-Touristik stellt den Gästen die angebotenen Ausflüge vor.**

geben wurde. Horst Müller, der die Lose verkauft hatte und die Tombola durchführte, konnte der Chefin der Rezeption, Amalia, im Beisein unserer Gäste einen stattlichen Betrag von 2.390 Euro zur gerechten Verteilung an das Personal übergeben.

Während der Tombola wurden verschiedene Sachpreise verlost. Die zwei Hauptgewinne, je ein Reisegutschein in Höhe von 150 Euro gespendet von ITS und der GdP-Service-GmbH NRW, waren dabei der Höhepunkt.

Für den 3. Oktober hatte sich die Hotelleitung etwas Besonderes ausgedacht. Alle Gäste waren zu einem Oktoberfest auf der Wies'n eingeladen. Geboten wurde Festzeltmusik zu Bier, Brezeln, Laugenbrötchen, gegrillten Würstchen und Sauerkraut.

Am 5. Oktober erläuterte Heckenkemper in einem Vortrag anhand von Beispielen die verschiedenen Vorsorgemöglichkeiten wie die Vorsorgevollmacht, die Betreuungsverfügung, die Patientenverfügung und die Generalvollmacht.

Abgerundet wurde die Reise mit dem Angebot zur Teilnahme an einem griechischen Abend, der nur für unsere Gäste außer Haus stattfand und sehr großen Anklang gefunden hatte.

Die Bundesseniorenreise neigte sich ohne weitere größere Zwischenfälle dem Ende zu. Am 8. Oktober verließen die Reisenden Kreta in verschiedenen Gruppen zu verschiedenen Zielen, so wie sie angekommen waren. Viele waren sich schon jetzt sicher, dass es in Bulgarien ein Wiedersehen geben wird.

**Horst Müller**

### Vortrag zum APS

Für den 30. September nach dem Frühstück hatte Horst Müller zu einem Vortrag zum Aktiv-Programm für Senioren (APS) eingeladen. Vorgestellt wurden zunächst die satzungsrechtlichen Grundlagen für die Seniorenarbeit in der GdP und die Entwicklung des APS bis zum APS-Web, das ausführlich vorgestellt wurde. Vorgestellt wurde aber auch ein sehr wichtiger Bestandteil des APS, die Broschüre APS-Vorsorge, die im Mitgliederbereich auch digital zur Verfügung steht. Interessenten für die APS-Broschüre konnten sich vor Ort in eine Bestellliste eintragen. Zu Hause angekommen, befindet sich die Broschüre schon im Briefkasten.

Unsere Gäste wurden zu einem GdP-Abend, der am 2. Oktober nach dem Abendessen stattfand, eingeladen. Dieser begann mit einer Varieté-Show, die durch das Animationsteam gestaltet wurde. Im Anschluss wurde durch Eva Humberg das „Geheimnis“ gelüftet, wohin die Bundesseniorenreise 2017 führen soll. Sie geht nach Bulgarien.

Wie auch bei den vorhergehenden Bundesseniorenreisen wurden in den Sprechstunden Lose für eine Tombola verkauft. Wobei der Gesamterlös als Trinkgeld für alle Beschäftigten vorgesehen war und auch so über-



**Horst Müller übergibt den Erlös aus der Tombola der Rezeptionschefin zur gerechten Verteilung an alle Beschäftigten.**

**Fotos (2): Harald Bellinghausen**

zeichnen, der sich dann im Krankenhaus auch noch als Blinddarmentzündung entpuppte. Eine Teilnehmerin brach sich während eines Ausflugs die Hand und verletzte sich am Auge, sie wurde mit einem Taxi ins Krankenhaus gebracht und dort medizinisch versorgt. Zwei Ohnmachtsanfälle, Magen-/Darmerkrankungen aber auch diverse Erkältungskrankheiten wurden medizinisch behandelt. In allen Fällen wurde unter Beweis gestellt, dass



# 17. Bundesseniorenfahrt nach Bulgarien

**Wie in jedem Jahr wird in der November-Ausgabe DEUTSCHE POLIZEI das nächste Reiseziel der Bundesseniorenfahrt vorgestellt. 2017 geht es nach Bulgarien, genauer gesagt vom 16. bis 30. September an das Schwarze Meer nach Pomorie.**

Die Stadt befindet sich im südlichen Teil der Schwarzmeerküste, in der Bucht von Burgas und hat knapp 14.000 Einwohner. Das Seebad liegt auf einer Halbinsel mit einem fünf Kilometer langen Strand. Nördlich befindet sich der Pomorie See. Dort findet man „das weiße und das schwarze Gold“ der Stadt. „Das weiße Gold“ ist das Salz, das hier bereits seit 2.500 Jahren gewonnen wird, „das schwarze Gold“ ist der Heilschlamm aus dem See, der zur Behandlung von Nerven-, Venen- oder auch Gelenksbeschwerden eingesetzt wird. Entsprechend befindet sich am See auch ein Salzmuseum, in dem die Tradition der Salzgewinnung dargestellt und erklärt wird.

In dem Naturschutzgebiet um den See befinden sich im Übrigen mehrere Vogelbeobachtungsstellen, die frei zugänglich sind. Zurückblickend auf die lange Geschichte des Ortes, der aus einer thrakischen Siedlung entstand, bieten sich ein Besuch des thrakischen Kuppelgrabes, des Historischen Museums oder des Sveti-Georgi-Klosters an. Pomorie ist von Weinbergen und Obstgärten umgeben und besteht aus der Neu- und der Altstadt.



Foto: Sunset Resort

Buffetrestaurants, 1 Grillhaus, 4 à-la-carte-Restaurants (kostenpflichtig), Lobbybar, Bar, Pool- sowie Strandbar, Hallenbad (beheizbar), Poollandschaft mit 4 Außenpools (saisonabhängig geöffnet/Süßwasser), Minimarkt, Souvenirshop und Friseur. Die Liegen und Schirme sind am Pool und am Strand nach Verfügbarkeit inklusive, Badetücher erhalten Sie gegen Kautionszahlung, W-LAN ist in der Lobby kostenfrei. Des Weiteren verfügt das Hotel über ein kostenpflichtiges Spa-Center mit verschiedenen Saunen, Solarium, Massagen, Kuren und kosmetischen Anwendungen sowie einem Fitnessraum,

Bowlingbahn, Billard und Darts, ebenfalls alles gegen Gebühr. Leider ist das Hotel für Rollstuhlfahrer nicht geeignet.

## Einfach ausführliche Ausschreibung anfordern

Geflogen wird ab verschiedenen deutschen Flughäfen (zum Teil gegen Aufpreis). Die Unterbringung erfolgt in Appartements, welche über einen kombinierten Wohn-/Schlafraum, ein separates Schlafzimmer, eine Sitzzone mit Sofabett, ein Bad mit Dusche oder Wanne, WC, Föhn, Klimaanlage, SAT-TV, Telefon, Kochnische, Kühlschrank, Balkon oder Terrasse, sowie gegen Gebühr über Minibar, Safe und W-LAN verfügen. Appartements mit Meerblick sind gegen Aufpreis buchbar. Für das leibliche Wohl sorgt ein umfangreiches All Inclusive, welches Frühstück, Mittag- und Abendessen in Buffetform, Langschläferfrühstück, Abendessen im Grillhaus, Mitternachtsbuffet, Eis (10 bis 17 Uhr), Kaffee/Tee und Gebäck (15 bis 17 Uhr) sowie lokale alkoholische und alkoholfreie Getränke von 0 bis 24 Uhr beinhaltet. Der Reisepreis startet bei einer Unterbringung mit zwei Personen im Appartement mit All Inclusive bei 859 Euro pro Person. Für Alleinreisende stehen gegen Aufpreis in einem begrenzten Kontingent ebenfalls Appartements zur Verfügung.

Bei Interesse an der 17. Bundesseniorenfahrt bitte die ausführliche Ausschreibung sowie das Anmeldeformular telefonisch unter Telefon 0211/29101-66 oder per E-Mail unter [pinguin@gdp-reiseservice.de](mailto:pinguin@gdp-reiseservice.de) anfordern.

Eva Humberg

## Hotel direkt am Strand

Das Hotel Sunset Resort, Landeskategorie 5 Sterne, liegt in der Neustadt direkt am Sandstrand, der hier eine Länge von zirka 1.000 Meter hat und bis zu 100 Meter breit ist. Das Hotel liegt etwa 3 Kilometer vom Ortszentrum, 8 Kilometer vom Flughafen und zirka 20 Kilometer von Burgas entfernt. Direkt vor dem Hotel befindet sich eine Bushaltestelle. Das Sunset Resort verfügt über 770 Wohneinheiten, verteilt auf 6 Gebäude, Rezeption, Aufzug, 4

## Bundessenorenvorstand tagte in Erfurt: Planungen für 2017 und 2018

**Die Herbstsitzung des Bundessenorenvorstandes (BSV) war geprägt von den Vorbereitungen für einen Seniorentag im ersten Halbjahr 2017, Überlegungen zu einer Teilnahme am Deutschen Evangelischen Kirchentag im Mai und ersten Planungen für die nächste Bundessenorenkonferenz 2018 in Potsdam. Verabschiedet wurden aus dem Kreis des BSV die langjährigen Vorsitzenden der GdP-Seniorengruppen in Berlin, Klaus Kulick, und in Rheinland Pfalz, Rainer Blatt. Gratulationen zu seinem 70. Geburtstag nahm der Bundessenorenvorsitzende Winfried Wahlig entgegen.**

Für den Seniorentag der Gewerkschaft der Polizei (Bund) stellte der für die Seniorengruppe zuständige

Gewerkschaftssekretär im Bundessenorenvorstand, Horst Müller, erste Überlegungen zur Teilnehmerzahl und dem



Programm vor, die der BSV zustimmend zur Kenntnis nahm. Angeboten hat der BSV eine Teilnahme am Deutschen Evangelischen Kirchentag vom 24. bis 28. Mai 2017 in Berlin, an dem in der Vergangenheit schon die Frauengruppe (Bund) und die JUNGE GRUPPE (GdP) beteiligt gewesen sind. Für die am 19. und 20. März 2018 geplante Bundesseniorenkonferenz wurden erste Beschlüsse gefasst.

Zu den behandelten Themen zählten zum wiederholten Mal die Bundesseniorenreisen der GdP, das Seminar „Basiswissen für Seniorenvorstände“ vom 14. bis 16. November 2016, die kooperative Zusammenarbeit in der Seniorenarbeit mit anderen Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes (ÖD-Gewerkschaften) im DGB und das Problem der künftigen Renten- und Pensionsfinanzierungen, das im Wahlkampf zur Bundestagswahl im kommenden Jahr vermutlich ein wichtiges Politikfeld sein wird. Nicht zuletzt begrüßte auch Thüringens GdP-Landesvorsitzender Kai Christ bei einer kleinen Stippvisite den BSV in der Landeshauptstadt.

## Verabschiedungen

In der Sitzung verabschiedete der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Jörg Radek, der im Geschäftsführenden Bundesvorstand für die Seniorengruppe zuständig ist, die langjährigen Vorsitzenden der Seniorengruppen in Berlin, Kulick, und in Rheinland-Pfalz, Blatt. Beide haben aus Altersgründen in ihren Landesbezirken ihre Ämter abgegeben und scheiden damit auch aus dem BSV aus. Radek würdigte das vielfältige Engagement in der GdP und zeigte einige Stationen auf – alle im Detail zu erwähnen wäre ein „Stundenprogramm“. Der 76-jährige Kulick hatte ab 1972 in der GdP Berlin die verschiedensten Vorstandsämter vom Schriftführer über Kassierer bis zum Vorsitz in Bezirksgruppen und Personalratsgremien, Kommissionen und nahezu zehn Jahre im Landeskontrollausschuss. 2005 wurde er von den Senioren zum Vorsitzenden der GdP-Seniorengruppe im Landesbezirk Berlin gewählt.

Ab 2005 war er auch in verschiedenen Ämtern im DGB Berlin/Brandenburg und ist heute noch Vorsitzender des Bezirksseniorenarbeitskreises DGB Berlin/Brandenburg und Mitglied des Landesseniorenbeirats Berlin (LSBB), dem höchsten politischen Seniorengremium in der Bundeshauptstadt.

Aufgrund des umfangreichen Wissens aus all diesen Funktionen und Ämtern war Kulick stets ein konstruktiv kritisches Mitglied im BSV. Seine Beiträge werden in dem Gremium fehlen.

Blatt war seit seinem Eintritt in die Polizei im Jahre 1963 GdP-Mitglied, 14 Jahre Personalratsvorsitzender der Landespolizeischule/Fachhochschule Polizei in Rheinland-Pfalz und seit 2005 Vorsitzender der Seniorengruppe in seinem Landesbezirk. Von 2006 bis 2010 war der 73-jährige Schriftführer im Geschäftsführenden Bundesseniorenvorstand (GBSV). Die Mitglieder des BSV bedankten sich bei beiden Kollegen mit lang anhaltendem Beifall für ihre Mitarbeit im höchsten Gremium der Seniorengruppe (Bund) der GdP in Deutschland. Den Kollegen an dieser Stelle nochmals die besten Wünsche

für die weitere Zukunft. Diese Wünsche begleiten auch den Bundesseniorenvorsitzenden Wahlig, dem Radek und die Mitglieder des BSV zum 70. Geburtstag gratulierten.

H. Werner Fischer



**Verabschiedung im Bundesseniorenvorstand (BSV): Reiner Blatt (.), langjähriger Vorsitzender der GdP-Seniorengruppe in Rheinland-Pfalz, und Klaus Kulick (2.v.r.), bisheriger Vorsitzender der Seniorengruppe Berlin, wurden vom stellvertretenden GdP-Bundesvorsitzenden Jörg Radek (2.v.l.) aus dem Kreis des BSV verabschiedet. Im Bild rechts der Bundesseniorenvorsitzende Winfried Wahlig, der Gratulationen zu seinem 70. Geburtstag entgegennahm.**

Foto: H.W. Fischer

## „Praktische“ Seniorenarbeit in der GdP

### Arbeitstagung der süddeutschen GdP-Senioren-Vorstände in Nordrhein-Westfalen

**Das einmal im Jahr stattfindende, traditionelle Treffen der Vertreter der „süddeutschen“ Seniorenvorstände der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Form einer klausurähnlichen Arbeitstagung ist dieses Mal eher schon im Norden der Republik durchgeführt worden: Nordrhein-Westfalen (NRW) – seit einigen Jahren im Kreise der „Süddeutschen“ – war Gastgeber und lud nach Reichshof-Wildbergerhütte im Bergischen Land ein, der Heimat des GdP-Mitbegründers und ersten Vorsitzenden Fritz Schulte.**

Die Treffen verstehen sich als Diskussionsforum, in dem Probleme erörtert und diese im Idealfall mit Lösungsvorschlägen in den Bundesseniorenvorstand eingebracht werden. Ziel ist es aber vor allem, durch intensive Gespräche losgelöst von einer strengen Tagesordnung die Arbeit für die Senioren in den Landesbezirken/Bezirken voranzubringen und zu verbessern. Die Länder Bayern, Saarland, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Hessen, Thüringen, Sachsen, Nordrhein-Westfalen und das Bundeskri-

minalamt gehören zu diesem Kreis. Von rund 175.000 GdP-Mitgliedern in Deutschland gehören etwa 30.000 zu den Seniorinnen und Senioren.

### Von APS-Variante bis Gesundheitsreisen

Schwerpunkt der Themenarbeit war dieses Jahr die von Bernhard Heckenkemper, Landesseniorenvorsitzender der GdP Nordrhein-Westfalen, vorgestellte APS-Variante im Internet-





auftritt der Landes-GdP. Unter dem Kürzel APS versteht man in diesem Bundesland die Arbeit der „Anspruch-Partner Seniorenarbeit“. Die in der GdP-Homepage eingestellten Dateien sollen Hilfe für die Betreuungsarbeit insbesondere in den Bereichen Beihilfe und Vorsorge vor Ort sein.

Unter der Gesprächsleitung von Bernd Kohl, Vorstandsmitglied der Seniorengruppe NRW, war ein weiteres Thema das „beihilfegeförderte Gesundheitsreisen“. Dabei wurde kompetent vom Geschäftsführer des GdP-

Partners „PSW-Reisen“, Wolfgang Schmidt, aufgezeigt, wie sich Kur- oder Präventionsreisen finanzieren lassen, indem GKV-Rückerstattungen und beihilfeberechtigte ambulante Anwendungen einberechnet werden können.

Vom Landesbezirksvorstand kam Landeskassierer Lorenz Rojahn zum Gedankenaustausch und auch zur Besprechung der „Seniorenreisen“ der GdP, die seit jeher vom Reiseservice der GdP NRW durchgeführt werden. Er gab auch erste Informationen zur geplanten Reise 2017 an die Bulgarische Schwarzmeerküste. Der allge-

**Die Teilnehmer am „Süddeutschen Treffen“ 2016 der GdP-Senioren aus Bayern, Baden-Württemberg, Saarland, Rheinland-Pfalz, Hessen, Thüringen, Sachsen, Nordrhein-Westfalen und vom Bundeskriminalamt.**

**Foto: GdP**

meine Meinungs- und Erfahrungsaustausch der Teilnehmer ging natürlich über die Tagesordnung hinaus bis in den späten Abend und sorgte für angeregte und interessante Gespräche, unter anderen auch über die nächste Bundesseniorenkonferenz 2018.

**H. Werner Fischer**



Nr. 11 • 65. Jahrgang 2016 •  
Fachzeitschrift und Organ der  
Gewerkschaft der Polizei



**Erscheinungsweise und Bezugspreis:**

Monatlich 2,90 EURO  
zuzüglich Zustellgebühr.  
Bestellung an den Verlag.  
Für GdP-Mitglieder ist der  
Bezug durch den  
Mitgliedsbeitrag abgegolten.

## Deutsche Polizei

**Herausgeber:** Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand,  
Stromstr. 4, 10555 Berlin  
**Telefon:** (030) 39 99 21 - 0  
**Fax:** (030) 39 99 21 - 200  
**Internet:** www.gdp.de

**Redaktion DEUTSCHE POLIZEI/Internetredaktion/  
Pressestelle**

**Chefredakteur/Pressesprecher:** Rüdiger Holecek (hol)  
**CvD:** Michael Zielasko (mzo), Wolfgang Schönwald (wsd)  
**Redaktionsassistent:** Johanna Treuber  
**Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle, Stromstraße 4,**  
10555 Berlin  
**Telefon:** (030) 39 99 21 - 113, - 117  
**Fax:** (030) 39 99 21 - 200  
**E-Mail:** gdp-pressestelle@gdp.de  
**Grafische Gestaltung & Layout:**  
Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfassernamen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten.

In DEUTSCHE POLIZEI veröffentlichte Beiträge werden ggf. auf www.gdp.de und GdP-APP verbreitet.



**VERLAG**  
**DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH**  
**Anzeigenverwaltung**  
**Ein Unternehmen der Gewerkschaft**  
**der Polizei**  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
**Telefon** Düsseldorf (0211) 7104-183  
**Fax** (0211) 7104-174 **E-Mail** av@vdpolizei.de

**Geschäftsführer:**  
Bodo Andrae, Joachim Kranz

**Anzeigenleiterin:**  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38  
vom 1. Januar 2016.

Bitte wenden Sie sich bei **Adressänderungen** nicht an den Verlag, sondern an Ihre Landesbezirke und Bezirke. Die Kontaktdaten finden Sie im Impressum des Landes- oder Bezirkssteils in der Mitte des Heftes.



**Druckauflage dieser Ausgabe:**  
181.565 Exemplare  
ISSN 0949-2844

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,  
Postfach 1452, 47594 Geldern,  
Telefon (02831) 396-0,  
Fax (02831) 89887

**Titel**

Foto: adpic.de/

Gestaltung:  
Rembert Stolzenfeld



# VERSAMMLUNGSFREIHEITSGESETZ FÜR DAS LAND SCHLESWIG-HOLSTEIN (VERSFG SH)

## Kommentar

Von **Hartmut Brenneisen, Michael Wilksen, Dirk Staack** und **Michael Martins**.



1. Auflage 2016

**Umfang:** 256 Seiten

**Format:** DIN A 5, Hardcover

**Preis:** 32,90 € [D]

**ISBN** 978-3-8011-0767-3

Am 1.7.2015 trat das Versammlungsfreiheitsgesetz für das Land Schleswig-Holstein (VersFG SH) in Kraft. Ausgangspunkt war die Föderalismusreform I mit der das Versammlungsrecht am 28.8.2006 aus der konkurrierenden Gesetzgebungskompetenz des Bundes entlassen und den Ländern übertragen wurde. Das VersFG SH stellt eine deutliche Modernisierung und Liberalisierung der legislatorischen Vorgaben im Versammlungsgeschehen dar. Zugleich ist es klarer gefasst als alle bisher vorliegenden Gesetze bzw. Teilgesetze und kann gemeinsam mit dem Musterentwurf des Arbeitskreises Versammlungsrecht als Vorbild dienen.

Mit diesem Kommentar geben die Autoren eine praxisgerechte und zugleich wissenschaftlich fundierte Hilfestellung zur Anwendung des VersFG SH. Dabei geht es ihnen insbesondere um eine verfassungskonforme Auslegung des spezifischen Grundrechtsgewährleistungs- und Gefahrenabwehrgesetzes unter Berücksichtigung der hohen Bedeutung der Versammlungsfreiheit für den demokratischen Rechtsstaat.



### DIE AUTOREN

**Hartmut Brenneisen**, Leitender Regierungsdirektor.

**Michael Wilksen**, Leitender Polizeidirektor.

**Dirck Staack**, Polizeidirektor.

**Michael Martins**, Erster Polizeihauptkommissar.



**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH**  
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270  
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: [www.vdpolizei.de](http://www.vdpolizei.de)

# KRIMINOLOGIE

Für Studium und Praxis

Von **Horst Clages** und **Ines Zeitner**.



3. Auflage 2016

**Umfang:** 392 Seiten

**Format:** DIN A 5, Broschur

**Preis:** 24,90 € [D]

**ISBN** 978-3-8011-0771-0

Dieses Fachbuch behandelt alle wesentlichen theoretischen Inhalte des Studienfaches Kriminologie, die für die Fachhochschulausbildung des gehobenen Polizeivollzugsdienstes vorgesehen sind. Aufbau und Gliederung des Werks sind eng an die Lehrpläne angelehnt, wie sie bundesweit eingesetzt werden.

Der erste Teil des Buches bietet zunächst einen Überblick über wesentliche Grundlagen der Kriminologie und stellt dabei insbesondere die polizeiliche Aufgabenbewältigung anwendungsbezogener Kriminologie in den Mittelpunkt. Eine Einführung in die Bedeutung und Methodik kriminologisch-kriminalistischer Kriminalitätsanalysen leitet den zweiten Teil des Buches ein, der in Deliktsanalysen systematisch zahlreiche Einzeldelikte in der in Lehre und Praxis angewendeten schematisierten Form darstellt.

Für diese Neuauflage wurde der Inhalt des Buches von den Autoren überarbeitet und aktualisiert sowie die Systematik der Deliktsanalyse neben der „Phänomenologie“ und „Ätiologie“ um den Gliederungspunkt „Kriminalitätskontrolle“ erweitert. Fallrepetitorien erleichtern dem Leser den Transfer von der Theorie zur Praxis und bilden damit eine wertvolle Hilfestellung für die Prüfungsvorbereitung.



## DIE AUTOREN

**Horst Clages**, Leitender Kriminaldirektor a.D. und Vizepräsident der Deutschen Gesellschaft für Kriminalistik e.V.

**Ines Zeitner**, Kriminaloberrätin, Dozentin für Kriminalwissenschaften und Berufsreflexion an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW.



**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH**  
**Buchvertrieb**

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270  
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: [www.vdpolizei.de](http://www.vdpolizei.de)